Nr. 6 • Ausgabe B Nr. 3
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 6

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 5. Januar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Entwaffnungskonferenz in Paris Ende Januar.

Englische Zustimmung zu einer Konferenz der Ententepremiers in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 5. Januar.

Die Beratung der Alliierten über die Entwaffnung wird nicht vor dem 15. Januar, vielleicht sogar **erst Ende Januar** stattfinden. Die Zeitungen sind über die Ruhe, mit der die englische Regierung die Frage behandelt, nicht sehr entzückt, vermeiden aber Angriffe gegen Deutschland. Der „Matin" tadelt die französische Regierung wegen des isolierten Vorgehens, das Frankreichs Autorität gegenüber Deutschland nicht gestützt habe. Mehrfach wird die Befürchtung laut, daß die Brüsseler Konferenz doch bis nach der Beratung über die Entwaffnung aufgeschoben werden müsse. Für die Kammer, die am 11. d. M. wieder beginnt, ist eine Interpellation über die Entwaffnung durch den Abgeordneten Raynaud angemeldet. Immerhin ist ein ruhiger Ton der Pariser Presse festzustellen. Nicht einmal die Meldung des Berliner Korrespondenten des „Matin", Herr Otto Lehmann-Rußbüldt, der Sekretär der Liga „Neues Deutschland", habe die Haltung der französischen Regierung für berechtigt und die Entwaffnung für unvollkommen erklärt, findet viel Aufmerksamkeit. Gustave Hervé tritt in der „Victoire" energisch für den englischen Standpunkt ein. Das Wichtigste sei die Erhaltung der demokratischen Republik in Deutschland. Das republikanische Frankreich und ein republikanisches Deutschland würden vor Ablauf von zwanzig Jahren versöhnt sein.

Paris, 5. Januar. (E. E.)

Gestern traf am Quai d'Orsay eine Note der englischen Regierung ein, worin sie erklärt, der Einladung der französischen Regierung, eine Konferenz der Ministerpräsidenten der alliierten Staaten in Paris abzuhalten, zuzustimmen. Mit dem von französischer Seite vorgeschlagenen Datum zwischen dem 7. und 12. Januar ist man englischerseits jedoch nicht einverstanden und schlägt vor, die Konferenz erst gegen Ende Januar abzuhalten. Es werde erst bis dahin möglich sein, den Bericht des Marschalls Foch über die Abrüstung Deutschlands zu prüfen. Neben dieser Angelegenheit soll auch die griechische Frage auf der interalliierten Konferenz erörtert werden.

Paris, 4. Januar. (W. T. B.)

Der „Temps" teilt mit, daß die französische Regierung gestern Telegramme an die Regierungen in London, Brüssel und Rom gesandt hat, um den Vorschlag zu unterbreiten, die Ministerpräsidenten möchten zwischen dem 7. und 12. Januar zu einer Beratung zusammentreten. Leygues habe gestern dem italienischen und dem englischen Botschafter erklärt, welchen Wert er auf die Zusammenkunft lege. Die französische Regierung habe keinen Vorschlag hinsichtlich des Ortes gemacht, an dem die Beratungen stattfinden sollen. Im Ministerrat gab Ministerpräsident Leygues heute Kenntnis von der gestern überreichten deutschen Antwortnote auf die Verbalnote der französischen Regierung vom 31. Dezember. Wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, wurden die vom Ministerpräsidenten gegebenen Instruktionen einmütig gebilligt. Leygues machte weiter Mitteilung über die ernste Lage in Oesterreich und über die Maßnahmen, die die französische Regierung zu ergreifen gedenke, um ihr zu begegnen.

 # Basel, 5. Januar.

Der Pariser Berichterstatter der „Basler Nachrichten" glaubt nicht, daß die französische Regierung auf die deutsche Note erwidern wird. Man habe allen Grund anzunehmen, daß jetzt einzig noch der Oberste Rat einschreiten wird. Ueber die Grundlagen der Frage bestehe zwischen den Kabinetten in London und Paris Einigkeit. Aber nach der Note der Reuter-Agentur, die offiziellen Charakter zu haben scheint, besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Frist, innerhalb welcher die deutschen Einheiten aufzulösen sind. Was das Ruhrgebiet anbetrifft, so würde eine Besetzung nur im dringendsten Falle in Frage kommen. In diesem Punkte sind die Ansichten in London und Paris einmütig. Merkwürdig ist immerhin in dieser Regierungsnote, daß ein solcher dringender Fall als Beispiel angeführt wird, nämlich ein Angriff Preußens (!) gegen Polen (!). Man erwarte eine baldige Lösung, aber **in der Entwaffnungsfrage sei Frankreich zu keinem Kompromiß geneigt.**

Die Entwicklung der rheinischen Frage.

Abschwächung des separatistischen Gedankens. — Provinzialautonomie. — Die Haltung des Zentrums.

Von unserem Korrespondenten
Dr. Kurt v. Stutterheim.

△ **Köln,** im Dezember.

Der Entwicklungsprozeß des rheinischen Selbständigkeitsgedankens ist nicht klarer zu beleuchten als durch Gegenüberstellung des 4. Dezember 1918 mit dem 11. Dezember 1920, an welchen beiden Tagen die jeweilige Zeitstimmung in höchst bezeichnenden Kundgebungen zum Ausdruck gelangte. Wurde damals in der denkwürdigen Versammlung in der Kölner Bürgergesellschaft die alsbaldige Proklamierung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik innerhalb des Deutschen Reiches verlangt, so erhob der rheinische Provinziallandtag in seiner Schlußsitzung vom 11. Dezember d. J. lediglich die Forderung nach einem die Erweiterung der provinziellen Selbstverwaltungsrechte gewährleistenden preußischen Gesetz. Das Zustandekommen und die einstimmige Annahme dieser Entschließung ist um so bemerkenswerter, als das Zentrum, als die eigentliche treibende Kraft aller zentrifugalen Bewegung, beinahe über eine Zweidrittelmehrheit des rheinischen Provinziallandtages verfügte.

Die Abschwächung des separatistischen Gedankens, die man heute in den Rheinlanden feststellen kann, ist zunächst darauf zurückzuführen, daß die Los-von-Berlin-Bewegung ihre Entstehung ursprünglich weniger der Abneigung gegen Preußen, als der Furcht vor französischem Annexionismus und russischem Bolschewismus verdankt. Der Friedensvertrag, der die Annexionsgefahr beseitigte, und die Niederwerfung der Spartacusaufstände haben in diesem Sinne der Reichseinheit wesentliche Dienste geleistet. Wider Erwarten hatte auch Westfalen, das landwirtschaftliche Versorgungsgebiet des neuen Landes, die rheinischen Werbungen mit einer glatten Ablehnung beantwortet. Es kam hinzu, daß die Erfahrungen mit dem Militarismus der Besatzungsmächte im Rheinlande selbst eine Stärkung des nationalen Gedankens hervorgerufen hatten und daß vor allem die rheinische Arbeiterschaft in den kritischen Tagen des Separatismus mit der Ausrufung des Generalstreiks auf dem Posten war. Von verschwindenden und gänzlich einflußlosen Cliquen abgesehen, verschwand deshalb das Programm eines rheinischen Puffer- und Brückenstaates aus der politischen Diskussion, um einer lediglich gegen Preußen gerichteten Trennungsbewegung Platz zu machen. Mit dem Uebergang von dem offenen oder verschleierten „Los vom Reich" zu einer eindeutigen „Los-von-Preußen-Politik" war das erste Stadium der rheinischen Selbständigkeitsbewegung abgeschlossen.

In dem nunmehr mit erhöhter Schärfe einsetzenden Kampf gegen Preußen war es wiederum das Zentrum, das nach Abstoßung seiner kompromittiertesten Persönlichkeiten, wie Kastert und Dorten, die Führerrolle übernahm. Zur Pflege der Kulturkampfstimmung war hierbei nächst der Erinnerung an Adolf Hoffmanns Schulerlasse das Anwachsen der Deutschen Volkspartei, als der Erbin der alten kulturkämpferischen nationalliberalen Partei, von Bedeutung. Unter Verwerfung des von den Sonderbündlern geforderten rheinischen Parlaments, sowie unter Ablehnung jeglicher ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verfolgte die offizielle Zentrumspolitik nunmehr das Ziel, auf verfassungsmäßigem Wege die Neugliederung des Reiches und hiermit die Errichtung eines rheinischen „Landes" zu erreichen. Das Tempo dieser durchaus loyalen Politik erschien jedoch einem besonders separatistischen Zentrumsflügel zu langsam, so daß dieser sich von der Partei abspliterte und unter bayerisch-föderalistischer Assistenz eine „Christliche Volkspartei" ins Leben rief. Nach anfänglichen Erfolgen ist die neue Partei, die im Wahlkampf einen Reichstagssitz zu erringen wußte, im heutigen Rheinland kaum von Bedeutung.

Während das Zentrum in unaufhörlicher Propaganda gegen den Reichsfeind Preußen zu Felde zog, verdichtete sich bei den übrigen Parteien einschließlich der unitarisch gesinnten Demokratie und Sozialdemokratie die Ueberzeugung, daß angesichts der Wühlereien Frankreichs eine Lösung der Rheinlande von Preußen die schwerste Gefährdung des rheinischen Deutschtums zur Folge haben würde. Eine gefährlichere Gegnerschaft noch als aus diesem geschlossenen Block von den Unabhängigen bis zu den Deutschnationalen erwuchs dem Zentrum aus seinen eigenen Reihen, indem sich innerhalb der christlichen Gewerkschaften starke Widerstände gegen eine Forcierung des Ländergedankens geltend machten. Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten, der sowohl den parteipolitischen, als auch den Interessen des Reiches und des Rheinlandes gerecht zu werden versprach, bot sich für das Zentrum in dem Gedanken der Provinzialautonomie. Ohne sein endgültiges Ziel einer fundamentalen Umschichtung des Gesamtreiches aus den Augen zu verlieren, forderte das Zentrum nunmehr den Ausbau und die Erweiterung der provinziellen Selbstverwaltung als Uebergangsstadium von der heutigen Provinz zum künftigen „Land". Somit war der Gedanke der Provinzialautonomie, der bei der einheimischen Bevölkerung wie bei den politischen Parteien des Landes starken Anklang fand, in den Mittelpunkt der rheinischen Frage gerückt.

Nachdem die Regierung die alsbaldige Einbringung des preußischen Autonomiegesetzes zugesichert hat, steht heute nur noch die Art und das Ausmaß der provinziellen Selbstverwaltungsrechte zur Diskussion. Den Kern des kommenden Autonomiegesetzes dürfte das Zuerkenntnis eines stärkeren

Landtagskandidaturen.

Die demokratische Liste für Berlin.

Uebermorgen findet der Parteitag des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen demokratischen Partei statt, der satzungsgemäß die entscheidende Instanz für die Aufstellung der Landtagskandidaten ist. Die demokratische „Berliner Börsenzeitung" brachte kürzlich eine Notiz, der zufolge neben der bereits früher erwähnten Kandidatur des Reichsministers a. D. Preuß noch andere Kandidaten für die erste Stelle der demokratischen Liste in Berlin genannt wurden. Wir haben von dieser Mitteilung keine Notiz genommen, weil wir an der Berufung des Reichsministers Preuß nicht zweifelten. Hugo Preuß wurde am 16. Februar 1919 vom Wahlkreis Berlin in die preußische Landesversammlung entsandt. Zwischen diesem Datum und der Wahl zum ersten Landtag der Republik Preußen, die fast genau zwei Jahre später, am 20. Februar, stattfindet, liegt der 11. August 1919, an dem die deutsche Verfassung, und der 30. November 1920, an dem die preußische Verfassung beschlossen wurde — zwei Werke, die mit dem Namen von Preuß verknüpft bleiben. Erst kürzlich hat der Demokratische Parteitag in Nürnberg, dessen politische Debatte nach allgemeinem Urteil ihren Höhepunkt in der großen staatsmännischen Rede von Preuß fand, einstimmig dem spontanen Vorschlag des Parteivorsitzenden Dr. Petersen zugestimmt, Preuß in den Hauptvorstand der Partei zu entsenden. Es konnte hiernach als selbstverständlich gelten, daß Preuß in Berlin wieder kandidieren würde, zumal das große Problem der kommenden preußischen Politik, das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in ihm den berufenen weitschauenden Vertreter findet. Jetzt verlautet, daß der auch in der Notiz des genannten demokratischen Organs erwähnte Handelsminister Fischbeck als Gegenkandidat gegen Preuß aufgestellt werden soll. Wir vermögen an diese Mitteilung um so weniger zu glauben, als Minister Fischbeck die Spitzenkandidatur des sicheren Wahlkreises Liegnitz angeboten ist, der in die verfassunggebende Landesversammlung drei demokratische Abgeordnete entsandt hat. Die Nachricht, daß Fischbeck diese Kandidatur abgelehnt habe, ist, wie wir aus bester Quelle erfahren, falsch. Ebenso unrichtig ist die hier und da verbreitete Ansicht, daß Preuß eine sichere Kandidatur im Lande habe. Eine solche ist ihm auch nicht angeboten worden, wozu ja auch keine Veranlassung bestand, da er den Wahlkreis Berlin vertritt und in ihm seinen Wohnsitz hat. Allerdings wird gegen die Berliner Kandidatur Preuß aus demokratischen Kreisen ein Einwand laut, dessen Berechtigung auch wir uns nicht verschließen können. Er lautet: Preuß gehört nicht an die Spitze der Berliner Liste, sondern an die Spitze der Landesliste. Ein solcher Wunsch soll auch noch, wie wir hören, an den Hauptvorstand der Partei gerichtet worden sein. Wir wissen nicht, ob dieser Wunsch erfüllt werden wird. Wie verlautet, ist die Landesliste bereits abgeschlossen. Auf ihr befindet sich der Name Preuß nicht. Einstweilen stehen die Berliner Delegierten, in deren Hand die Entscheidung liegt, vor einer wichtigen Aufgabe. Ihre Abstimmung hat Bedeutung weit über die Grenzen Berlins, ja auch über die Grenzen der Partei hinaus. Es würde von weitreichenden Folgen sein, wenn eine demokratisch-republikanische Partei den Mann, dessen Name ein demokratisches Programm und eine republikanische Bürgschaft ist, bewußt aus der parlamentarischen Arbeit ausschalten wollte.

*

 # Frankfurt a. M., 5. Januar.

Im Landtagswahlkreise Hessen-Nassau haben die einzelnen Parteien ihre Parteitage abgehalten, um Kandidatenlisten für die Landtagswahlen fertigzustellen. Die Deutsche demokratische Partei, die bereits Ende Dezember ihren Parteitag berufen hatte, ist noch zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen. Sie wird voraussichtlich am 9. Januar einen neuen Parteitag in Frankfurt a. M. abhalten und dann zu einer endgültigen Aufstellung der Kandidaten gelangen. Das Zentrum hat am 3. Januar in Gießen seine Kandidatenliste aufgestellt, die 19 Namen aufweist. Die ersten fünf Stellen sind wie folgt festgesetzt: Sanitätsrat Dr. Karl Stemmler (Bad Ems), Amtsgerichtsrat Riehl (Fulda), Abgeordneter Herkenrath (Limburg), Schneidermeister Josef Fink (Stadtrat in Wiesbaden), Landwirt Gnau (Staufebach). Gestern ist auch die Sozialdemokratie, die, wie bereits gemeldet, schon vor Wochen eine vorläufige Liste aufgestellt hatte, zu einem endgültigen Ergebnis in der Aufstellung ihrer Kandidaten gekommen. Diese Liste umfaßt zwölf Namen. Die ersten fünf Kandidaten sind die folgenden: Hauschild (Kassel), Wittich (Frankfurt a. M.), Frau Ege (Frankfurt a. M.), Haese (Wiesbaden), Grzesinski (Kassel).

Ein neuer französischer Botschafter für Berlin?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Prag, 5. Januar.

Das Organ des tschechoslowakischen Auswärtigen Amtes „Čas" meldet, daß General Pellé, der bis jetzt Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee war und nun als Mitglied der französischen diplomatischen Mission in Konstantinopel weilt, werde dort nur kurze Zeit wirken, und sei zum französischen Botschafter in Berlin ausersehen. (Wir geben die Meldung mit Vorbehalt, da eine Bestätigung an anderer Stelle nicht zu erlangen war. Die Red.)

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Das Ergebnis der Streikabstimmungen.

Ueber die Verhandlungen mit den Eisenbahnerverbänden, die heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler im Reichsverkehrsministerium stattfinden, hören wir von gut unterrichteter Seite: Die Fülle der Einzelheiten, deren Klärung erreicht werden soll, läßt eine längere Dauer der Beratungen erwarten. Ebenso wie gestern ist aber auch heute die Stimmung bei den Verhandlungsteilnehmern ausschließlich auf eine Einigung gerichtet. Die Abstimmungen, die ja in ihrer Mehrzahl eine Majorität für den Streik erhalten, sind dahin aufzufassen, daß die Gewerkschaften einen Ueberblick über die Stimmung der Arbeiterschaft haben und der anderen Partei zeigen wollten. Man muß zwar mit der Möglichkeit kleinerer Ausstände bei längerer Dauer der Beratungen rechnen; es wird aber von zuständiger Stelle als unwahrscheinlich bezeichnet, daß ohne Direktiven der Gewerkschaften große Arbeitseinstellungen erfolgen.

provinziellen Einflusses auf Beamten- und Behördenfragen bilden. (Die Kirchen- und Schulangelegenheiten dürfte das Zentrum mit Rücksicht auf die katholischen Minderheiten in protestantischen Ländern neuerdings dem Machtbereich der Provinzen zu entziehen wünschen und anstatt dessen eine allgemeine Regelung der kulturellen Fragen erstreben.) Ein weit folgenschwereres Problem jedoch als der Umfang der Provinzialautonomie, bildet die Frage nach der zeitlichen Dauer dieses als Uebergangsstadium gedachten Zustandes. Mit aller Eindeutigkeit hat deshalb die Kölner Demokratische Partei, die hierin auch den Standpunkt der Rechtsparteien und der Sozialdemokratie vertritt, in der Oeffentlichkeit erklärt, daß für die Partei eine Aufteilung Preußens nicht in Frage komme, solange die feindliche Besatzung im Lande stehe. Dagegen hat das Zentrum trotz seiner versöhnlichen Haltung auf dem rheinischen Provinziallandtag, eine der demokratischen Parteikundgebung entsprechende Erklärung nicht abgegeben. Weitere Vorstöße des Zentrums sind deshalb um so mehr zu erwarten, als mit Ablauf der zweijährigen Sperrfrist im August 1921 die Selbständigkeitsbestrebungen des Rheinlandes auf eine gesetzliche Grundlage gestellt sind.

Bei aller Ungeduld nach dem neuen Reich dürfte indes auch das Zentrum nicht ohne schwere Bedenken von dem letzten Mittel der Volksabstimmung Gebrauch machen. Das rheinische Volk erkennt die Gefahren deutlich, die auf dem Wege von Preußen zum Reich auf ein deutsches Rheinland lauern, und weiß, daß eine unter den Augen des Feindes vorgenommene Volksabstimmung sehr wohl auch eine Majorität für Preußen ergeben könnte. Eine Niederlage aber, die das Zentrum in der Rheinlandsfrage erlitte, dürfte der Partei einen kaum wieder gutzumachenden Prestigeverlust einbringen. Notwendig allerdings, um die Trennungsgegner im Rheinland zu stärken, ist eine alsbaldige und eingreifende Minderung der Bevormundung durch Berlin, wobei unter Berlin nicht nur die preußische Landeshauptstadt, sondern auch das Berlin der Reichskriegsgesellschaften und Reichszentralen zu verstehen ist. Unter diesen Voraussetzungen aber ist vollauf Hoffnung vorhanden, den rheinischen Föderalismus auch nach Ablauf der Sperrzeit in gemäßigten Bahnen zu halten und die gewiß zu befürwortende Errichtung eines rheinischen Landes bis zu dem Tage verschieben zu können, an dem die letzte Trikolore aus dem Rheinlande verschwunden ist.

Die Konferenz in Brüssel.

Wiederbeginn der Verhandlungen am 17. Januar.

Der Wiederbeginn der Plenarverhandlungen der Brüsseler Sachverständigenkonferenz nach der Weihnachtspause ist, wie wir im Morgenblatte meldeten, um einige Tage hinausgeschoben worden. Die Einzelberatungen gingen in der Zwischenzeit weiter. Die erste Vollsitzung soll, wie wir hören, am 17. Januar abgehalten werden.

Einzelheiten über den englisch-russischen Handelsvertrags-Entwurf.

London, 5. Januar. (E. C.)

Die „Evening News" teilen mit, daß der von Kraffin nach Moskau mitgenommene Vertrag folgende drei Hauptpunkte enthalte: 1. Als Vorbedingung wird das Aufhören der bolschewistischen Propaganda, und zwar nicht allein im britischen Weltreich, sondern auch im nahen Osten gefordert. (Das Blatt bemerkt, daß es wenig wahrscheinlich sei, daß die bolschewistische Regierung diese Bedingung annehmen werde.) 2. Die Methode, nach der der Handelsverkehr in Gang gebracht werden kann. In dieser Richtung sind beide Teile befriedigt. 3. Die Zahlungsmodalitäten. Die englische Regierung weigert sich, den Sowjets die Garantie zu geben, daß das in englischen Banken hinterlegte Gold vor Beschlagnahme zugunsten der Gläubiger Rußlands sicher sei. Die russische Regierung erblickt hierin einen Beweis des schlechten Willens der englischen Regierung.

*

Nach der im Morgenblatt veröffentlichten amtlichen Londoner Meldung mußte auf die Behebung der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Kraffin und Sir Robert Horne geschlossen werden. Die Information der „Evening News" läßt aber neue Zweifel an einem solchen Ergebnis aufkommen. Die Bemerkung des Blattes, daß Lenin sich wohl kaum zu einem Verzicht auf bolschewistische Propaganda bereitfinden werde, erscheint im vollen Umfange berechtigt. In der Tat besagen Meldungen aus anderen Quellen, daß Kraffin sich noch immer um die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung durch England bemühe, bisher jedoch nichts von der Bereitwilligkeit der englischen Regierung zu einem Entgegenkommen in dieser Richtung zu spüren sei, es sei denn, daß die in der Meldung der „Evening News" erwähnte Vorbedingung von Moskau akzeptiert werde.

Das Schicksal Westungarns.

Ungarische Machenschaften. — Die Nachteile der verzögerten Uebergabe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Klagenfurt, 5. Januar.

Lebhafteste Genugtuung erregte in den Alpenländern die Nachricht, daß die Pariser Botschafterkonferenz endlich die Uebergabe Westungarns an Oesterreich beschlossen habe und diese in ähnlicher Weise erfolgen wird, wie die Uebergabe der ehemaligen kärtnerischen Südzone an Oesterreich, indem die Organe der Entente unter Führung der Oedenburger Kommission die Uebergabe der Staatsgewalt vermitteln. Man geht wohl nicht fehl (abgesehen von der endlichen Durchführung der territorialen Bestimmungen der Friedensverträge von St. Germain und Trianon), wenn man die Ursachen des Entschlusses der Botschafterkonferenz darin findet, daß die Entente nicht geneigt ist, Oesterreich nachhaltige wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Oesterreich soll offenbar verstoßen werden, denn durch die Bestimmung Westungarns wird die Getreideversorgung Oesterreichs verbessert. Je schlechter die Wirtschaftslage Oesterreichs, um so mehr steigt für die Entente die Anschlußgefahr, die länger zu befristen, die Entente vorerst nur dadurch imstande ist, daß sie die für Oesterreich günstigen territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt. Da jedoch die Uebergabe nicht, wie der Wiener „Mittag" gemeldet hat, sofort, sondern erst im März stattfinden soll, und die Oedenburger Kommission vorläufig nur allgemein beauftragt ist, die Einzelheiten für die Bedingungen der Uebergabe zu studieren, so schafft die neue Fristverlängerung eine erneute Gefahr für die Abänderung der ursprünglichen Uebergabe. Da Ungarn einen direkten Verstoß gegen die Entente nicht wagt, wird es versuchen, diese Zeitspanne zu benutzen, um mindestens Gebietskorrekturen zu erreichen. Anläßlich des Neujahrsempfanges der Kabinettsmitglieder beim Reichsverweser erklärte Ministerpräsident Graf Teleki, er wünsche ein freundschaftliches Verhältnis zu Oesterreich, aber die Lösung der im Vordergrund stehenden Fragen gelte als Voraussetzung für die Herstellung guter wirtschaftlicher Beziehungen; beide Staaten müßten jene Momente ausschalten, welche künftig Reibungen hervorrufen könnten. Daß Ungarn die Erhaltung Westungarns noch immer erhofft, ist auch daraus ersichtlich, daß in Budapest eine Unterredung des Senators Mac Cormick mit Graf Sigray, dem früheren Regierungskommissar für Westungarn, stattgefunden hat, in welcher Cormick dazu bewegt worden sein soll, nach dem Regierungsantritt Hardings im März einen Fürspruch Amerikas für Grenzberichtigungen zugunsten Ungarns auch an den österreichischen Grenzen zu erwirken.

Zu der am 1. Januar stattgefundenen Volkszählung in Westungarn, deren zurzeit noch nicht vorliegendes Ergebnis dazu bestimmt ist, Unterlagen für die Forderung nach Grenzberichtigungen zu schaffen, erörtert das „Grazer Tagblatt" die Methode, welche magyarische Zählungskommissare bei der letzten ungarländischen Volkszählung angewendet haben. Danach figurierte in den magyarischen Zählbogen eine Rubrik, welche mit der Frage überschrieben war: „Welche Sprache sprechen Sie am liebsten?" Um das Wohlwollen der ungarischen Beamten nicht zu verscherzen, gaben zahlreiche schwäbische Bauern „Magyarisch" an, zum Teil auch, um ihre höhere soziale Stellung zu beweisen! Derart brachten die Zählungskommissare im ehemaligen südungarischen Torontal 1910 15 Prozent Magyaren zustande, obwohl sich, selbst mit Einrechnung aller Juden des Komitates, kaum 5 Prozent Ungarn im Bezirke befanden.

Wenn auch der Entschluß der Botschafterkonferenz zweifellos eine bedeutende Klärung der politischen Lage hervorgebracht hat, so stellt er doch eine Hinausschiebung der Uebergabe Westungarns und damit eine neue Gefährdung dar, da einerseits die französische Politik ständigen Schwankungen ausgesetzt ist und die ungarischen Intrigen begünstigt, andererseits es nicht ausgeschlossen erscheint, daß Oberst Lehar, der Befehlshaber der in Westungarn dislozierten Truppen, dieselbe Rolle übernimmt, wie einst D'Annunzio in Fiume, Zeligowski in Wilna und General Mayster im Kärntner Abstimmungsgebiet.

Der Dichter und der neue Staat.

Von [Nachdruck verboten.]

Arthur Sakheim.

Man wird den Mißbrauch und die Torheit nicht leugnen: recht schwierig war bisher die Stellung des deutschen Dichters in der jedes tieferen Verständnisses entbehrenden, aller schwärmerischen Empfänglichkeit fremden Gesellschaft. War der Dichter verfälscht, zu seinem Zwecke gelangt und glücklich am Ort der Bestimmung, so hatte man mehr oder weniger Vertrauen zu ihm, teilte einigermaßen seine Ansichten, seinen Geschmack, bewunderte bis zu einem gewissen Grad seine Werke. Ueberlegene Geister aus Nirgendheim, die nicht berühmt waren, mindestens so bekannt und ansehnlich wie ein Operettenkomponist oder eine Kindiva von geringerem Seelendurchmesser, nahm man als wahrhaft unnütze Bereicherung, nicht ernst, sondern spottweise — behandelte man unduldsam, verächtlich, als anmaßende, größenwahnsinnige Zwangsjackenaspiranten, ein wenig auch als aufreizende Schwindler. Die Schlange biß sich in den Schwanz. Der (falsche oder echte) Ruhm entschied.

Es müßte wohltuend anders werden im neuen, sozialen Staat. Dieser, aus rebellischem Heldentum — in revolutionären Kämpfen, und ruhelos geistiger Arbeit entstanden, hat nicht die Rechtsmöglichkeit, sich unwissend zu stellen, zu glauben oder zu behaupten, daß es sich bei der Kunst um Klägliches, kleines Spiel handelt. Das wäre würdelos und ein Schandmal. Vielmehr ist das wesentliche Kennzeichen wirklicher Kunst die einprägsame große Erweckung. Der Dichter tritt aus seinem einsamen, unbewußten Schwärmerleben heraus. Und wenn er wirklich kein auf gebrogten Steigen Stolzierender, kein psalmodierender Skribent ist, sondern eine reiche und schöpferische Natur — werden ihm die Zweifel, Sorgen und Prüfungen der Menschen tiefer zu Herzen gehen, als irgend jemand. Es muß allerdings schon ein echter Künstler und Bahnbrecher sein; und davon hat keine Nation allzuviele. Daß jedes starke poetische Talent zum Staatsruder berufen sei, glaube ich nicht; dafür man unter Politik eine besondere Kunst versteht. Für diese Bemeisterung und ergiebig gegliederte Verfeinerung ist dann natürlich eine besondere Künstlerbegabung vonnöten. Auch im kommenden Reich — es sei nun sozial, sozialistisch oder kommunistisch — wird Politik nicht lediglich ein Ergebnis des überströmenden Idealismus, inhalt-schwerer, verwegener Wahrheit sein. Doch ist die weise und liebevolle Ausübung platonischer Führerschaft dem strengen Künstlertum der umgemeinen Intentionen verwandt. Und der Gedanke wäre allzu verführerisch: Die Dichter, die wirklich auserwählten, unbeugsamen, als Lenker der Menschheit und Versöhner der kopflosen Völker. Zwar — zu Ungeheuerlichkeiten geneigte Allüren entscheiden nicht. Auch fürchte ich die Anläßle zur Rhetorik und das Einreißen des in Pathos getauchten Dilettantismus. Unsere professionellen Staatsmänner haben sich oft genug blamiert. Aber man glaube doch nicht, daß jemand, der sich marktschreierisch, plumpvertraulich oder gaminhaft aufspielt, und im übrigen ziemlich geräuschvolle Prosa oder weitschweifig getragene Verse schreibt, unter allen Umständen im politischen Sturm mehr sein muß, als ein verbindlicher Hampelmann.

An sich erfordert die künstlerische Berufung den ganzen Menschen. Leicht könnte die höchste, angespannteste Arbeit vernachlässigt, der freie Selbstzweck verraten werden — auf der Jagd nach dem kannegießerischen Championat. Aber der wirklich auserkorene Poet kann ein umfassender und heilsamer Leiter und Regierer sein; er wird es auch dann sein, wenn er sich von Hause aus mehr um den blühenden Parnaß als um rauhe Politik kümmert. Womit ich wahrhaftig nicht schüchterne Unwissenheit um die fatalsten Dinge, um den grellen Farbenauftrag dieser Welt empfehle.

Der neue Staat wird wissen, daß der Künstler, der Dichter, keine Drohne ist. Andere zumeist prunken mit dem hehren Glanz seiner gewagt protestierenden Ideen. Sein vornehmstes Ziel bleibt Befreiung, Rettung der Menschheit und Menschlichkeit. Sein Gedicht, sein Roman, seine Bühne ist ein grandioses oder burleskes Tribunal. Daneben lockt ihn noch heftig ein zweites Ziel: einen verwegenen, beständigen Namen, ein überragendes Buch zu hinterlassen. Solch ein Name, solch ein Buch können in Wahrheit nur dann bleiben, wenn nicht lediglich persönliche Angelegenheit, Artistik, Bizarrerie, Exzentrizität auf dem Spiele standen. Sondern, wenn das Werk, durch die Lebhaftigkeit und Vielseitigkeit seiner Vertiefung, die bessere Einsicht, die Herzen der Nation und der Menschheit angehen. In diesem Sinne sind Dante, Cervantes, Voltaire, Schiller, Dostojewski, Tolstoi politische Dichter. Es scheint mir die natürliche Ehrenpflicht des werdenden neuen Staates zu sein, dem Künstler brutale Sorgen des Alltags zu ersparen: auf daß er nicht schwanke und fasele, nicht im Dienste der trübseligen Gunstbuhlerei und der schlechten Mode Bedrohliches zusammenpfusche. Aber wird der Staat immer wissen, wer ein Dichter (und keine Bagatelle) ist? — Wer geduldig und schrankenlos der Stimme seines Innern gehorcht, dem Geiste jener unerhört freimütigen Cherubim, an die auch der geradlinigste Kommunist oder nackensteife Unabhängige glauben darf. Es gibt vielleicht einen jungen Tischlergesellen, einen Dorfarzt oder eine arme Elfenbeinschnitzerin, — und das sind größere Künstler als mancher, der den Ruf und den Einfluß und die delikat gemischte Freiheit hat.

Diese sind berufen, aber hier, in der übergütigen Entdeckung der Auserwählten, scheint mir die beginnende Erschließung dieses politisch-poetischen Problems sich andeutungsweise anzukündigen,

Kommunistische Ausschreitungen in Flensburg.

7 Tote, 23 Verletzte.

Flensburg, 5. Januar. (W. T. B.)

Dieser Tage wurde hier der Kommunist Hoffmann, der von der Polizei wegen gewisser Ausschreitungen verhaftet worden war und angeblich flüchten wollte, erschossen. Anläßlich der Beerdigung des Erschossenen kam es gestern zu Zusammenstößen. An der Beerdigung nahmen viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier Kommunistenversammlungen zogen eine 400 Personen vor die Sipokaserne, um dort einzudringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerspritzen und Schreckschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das äußere Tor der Kaserne eindrang, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf seiten der Demonstranten sieben Tote und 22 Verwundete gab. Auf seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abrücken, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiterschaft zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen fast restlos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Das Verfahren gegen Erzberger.

Berlin, 5. Januar. (W. T. B.)

Oberstaatsanwalt Krause erklärt zu den gestrigen und heutigen Zeitungsartikeln betreffend die Steuererklärung Erzbergers, die Annahme, daß er oder Erster Staatsanwalt v. Clausewitz mit der fraglichen Strafsache zu tun habe oder gehabt habe, unzutreffend. Die Steuerangelegenheit ist stets von einer anderen Behörde, der Staatsanwaltschaft III, Berlin, bearbeitet worden. Ebenso sind die Ermittelungen wegen strafbarer Benutzung der geheimzuhaltenden Erzbergerschen Steuerakten nicht von der Staatsanwaltschaft I geführt worden. Auch für diese Strafsache war und ist die Staatsanwaltschaft III, Berlin, zuständig.

Flugpost Berlin—Königsberg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Königsberg, 5. Januar.

Zur Durchführung der, wie berichtet, von Lloyd-Ostflug in Berlin neu eingerichteten täglichen Postflugverbindung Berlin—Königsberg sind zunächst neun Flugzeuge bestimmt, von denen zwei bereits in Stolp eingetroffen sind. Ein Ueberfliegen des polnischen Korridors wird wegen Einspruchs der Polen ganz vermieden. Die Mitnahme von Fahrgästen ist zunächst nicht beabsichtigt, indessen soll ein regelmäßiger Passagierverkehr im Frühjahr aufgenommen werden.

Die Strandung der „Santa Isabel".

Paris, 5. Januar. (W. T. B.)

Zu dem Schiffsbruch der „Santa Isabel" bei Villagarcia wird noch gemeldet, daß sich das Unglück gegen 2 Uhr nachts ereignete und die Passagiere im Schlaf überraschte. Daraus erklärt es sich auch, daß die Mehrzahl der Geretteten zur Schiffsmannschaft gehört. Das Schiff wurde auf die Klippen geschleudert und sank sofort, da es vollkommen in zwei Teile geschnitten worden war. Es hatte wohl Hilferufe ausgesandt, aber anscheinend nicht mehr Zeit gehabt, um seine Lage anzugeben. Das Meer hat zahlreiche Leichen an die Küste gespült. Nach den letzten Berichten hatte das Schiff 240 Passagiere und 70 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der bis jetzt Geretteten beträgt 56.

Wiedereröffnung des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen. Der nach Athen berufene Leipziger Ordinarius der klassischen Archäologie, Professor Franz Studniczka, hat die Athener Zweiganstalt des Deutschen Archäologischen Instituts, die 1917 unter dem Zwange der Ententegesandten geschlossen werden mußte, wieder eröffnen können. Der Gelehrte wird das Institut, da sein bisheriger Leiter Professor Georg Karo, jetzt eine Professur in Halle innehat, während des Winters leiten. Auch Professor Dr. Friedrich Wilhelm Freiherr Hiller v. Gaertringen, der Inschriftenforscher der Berliner Akademie der Wissenschaften, der vor dem Kriege für das griechische Inschriftenwerk dort tätig war, hat sich jetzt nach Athen begeben. Wieweit allerdings eine deutsche Ausgrabungs- und Forschungstätigkeit in Griechenland möglich sein wird, muß erst die Zukunft lehren. Die von Schliemann durchgeführten Ausgrabungen in Mykene z. B. setzen ja jetzt die Engländer fort.

eh. „Die Heimkehr des Odysseus." Aus Stuttgart schreibt unser Korrespondent: „Die von Leopold Schmidt aus Offenbachscher Musik zusammengestellte Operette „Die Heimkehr des Odysseus" hatte am Landestheater einen guten Erfolg, der im Zeichen der üblichen Wiederholungen stand. Die burleske Offenbachiade war dem in dieser Hinsicht entwöhnten Publikum erstlich etwas Neues, es lachte sich jedoch bald auf die Karl Kitzingerschen Späße im Text ein und spendete — besonders nach dem zweiten Akt — reichen, langanhaltenden Beifall. Die prickelnde Musik in ihrem neuen, von Kennerhand verfertigten Kleide ließ unter Generalmusikdirektor Fritz Busch's temperamentvoller Leitung wieder einmal den Wunsch wach werden, die Bühnen mögen mit Offenbach die schlimme Operetteninvasion zurückzudämmen versuchen. Albin Swoboda zeichnete für die geschickte Regie, in die Hauptrollen teilten sich Erna Gilmenreich, Fritz Soot, Erwin Dietrich, Helene Werden und Mag Marx, welch letzterer aus seinem Intendanten Gumbus eine glänzende Offenbach-Maske zu machen wußte.

Vorlesung aus anglo-amerikanischen Dichtern. Bei der am 9. Januar, vormittags 11 Uhr, stattfindenden Dritten Mittagsveranstaltung im Staatlichen Schauspielhaus „Anglo-Amerikaner" hält Paul Wiegler den einleitenden Vortrag. Außerdem lesen Margarete Markstein, Dagny Servaes, Artur Kraußneck und Lothar Müthel aus Byron, Poe, Ruskin, Thackeray, Dickens, Swinburne, Wilde und Whitman.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Professor für Privatwirtschaftslehre an der Handelshochschule Berlin, Dr. Joseph Hellauer, hat einen Ruf an die Universität Frankfurt a. M. als Nachfolger von Prof. A. Gäfner erhalten.

Der Lehrstuhl für Staatsrecht an der Berliner Universität ist dem Geh. Hofrat Prof. Dr. jur. Richard Thoma in Heidelberg angeboten worden.

Eine Wahlrede des preußischen Ministerpräsidenten.

„Republik, Demokratie und Sozialismus."

Mit einer programmatischen Rede hat der preußische Ministerpräsident Braun gestern in Königsberg den preußischen Wahlkampf eingeleitet. Er fand nicht bloß bei seinen sozialdemokratischen Zuhörern sehr starken Beifall, sondern er hat auch manches gesagt, was für die Anhänger einer entschiedenen bürgerlichen Demokratie von Wert ist. Soweit Herr Braun sich grundsätzlich zur Sozialisierung oder, wie er sich ausdrückte, zur „Beteiligung des Staates an den Erträgnissen der Wirtschaft" bekannte, wird man ihm um so weniger zu widersprechen brauchen, als er selbst erklärte, daß erst einmal unsere Wirtschaft gesunden müsse, wenn dabei ein befriedigendes Ergebnis herauskommen solle. Damit ist das Sozialisierungsproblem für unbestimmte Zeit vertagt. Dagegen können wir Herrn Braun durchaus zustimmen, soweit er die Ziele der künftigen preußischen Politik klarstellte. Mit Recht legte er den Nachdruck darauf, daß die notwendige Homogenität zwischen dem Reich und Preußen nicht dadurch herbeigeführt werden dürfe, daß in Preußen das Steuer nach rechts, sondern umgekehrt, daß im Reich das Steuer mehr nach links gedreht werden müsse. Deshalb will Herr Braun eine Sicherung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens in einer starken Mehrheit für die in Preußen regierende Koalition. So fordert er vom preußischen Volk ein überwältigendes Bekenntnis zur Republik, zur Demokratie und zum Sozialismus. Gewiß muß die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe bei den Wahlen in ihrer Selbstbehauptung suchen. Aber ebenso notwendig erscheint es doch, die Fühlung nach links nicht zu verlieren. Es will uns scheinen, daß der Nachdruck auf die Abwehr der reaktionären Tendenzen gelegt werden kann, wenn die Mehrheitssozialdemokratie gewillt ist, in der vom preußischen Ministerpräsidenten gewiesenen Richtung den Kampf auch weiter zu führen.

Die braunschweigische Abdankungsurkunde.

Das Geschäft des Herrn Merges.

Zu unserer gestrigen Meldung, daß der frühere kommunistische Präsident von Braunschweig, Merges, vor kurzem die Abdankungsurkunde des ehemaligen Herzogs dem Vertreter des Herzogshauses in Gmunden zum Kauf angeboten habe, wird uns vom braunschweigischen Staatsministerium noch mitgeteilt: Dem Staatsministerium ist bekannt, daß sich Merges vorher mit dem Grafen v. d. S. sowie mit dem früheren Staatsminister v. W. in Verbindung gesetzt hatte, um sich über die Echtheit der Urkunde zu vergewissern, die ihm dann auch bestätigt wurde. Merges erklärte dann noch: Wenn es ihm nicht gelinge, die Urkunde an den Herzog zu verkaufen, so werde er sie an irgendeinen reichen Amerikaner losschlagen. Auf jeden Fall hoffe er ein paar hunderttausend Mark damit zu verdienen.

Getreidezwangserfassung mit Hindernissen.

Dreschflegel gegen Sicherheitspolizei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

▲ **Halle**, 5. Januar.

Im Dorfe Hirschfeld bei Liebenwerda versagte eine aus 500 Personen bestehende Volksmenge, die mit Dreschflegeln, Beilen und Jagdgewehren bewaffnet war, die Beamten der Sicherheitspolizei und der Reichsgetreidestelle, welche mit der Beitreibung von Brotgetreide beauftragt waren. Der Gemeindevorsteher als Rädelsführer wurde sofort von seinem Amte entfernt; gegen alle Beteiligten wurde ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet. Die Zwangsbeitreibung des Getreides wird jetzt in dem Orte, der darin noch stark im Verzuge war, in den nächsten Tagen rücksichtslos durchgeführt.

---

* Der demokratische Landtagsabgeordnete **Auer**, bisher Stadtrat in Kiel, ist als Ministerialrat in das Reichsamt des Innern berufen worden.

Rudolf Eucken.

Zum 75. Geburtstage am 5 Januar.

Es ist ein Negatives, was wir in dieser Zeit am stärksten empfinden, wenn wir uns bestimmen auf Inhalt und Sinn des Daseins: das gänzliche Fehlen einer geistigen Dominante, die schaffender Entwicklung Richtung und Ziel geben könnte. Wer dahin gelangt, sich dieses Mangels, wenn auch zunächst nur bewußt zu werden, der ist schon auf dem rechten Wege, an Stelle des Negativen ein Positives zu setzen: das Beisichselbstsein des Lebens. Bis zum Endziel wird Rudolf Eucken, der dies Wort geprägt, Führer sein können. Der Siegeslauf einer auf erkenntnischen Fortschritten naturwissenschaftlicher Forschung beruhenden Technik hat die Sorge um das äußere Bild des Lebens allzusehr in den Vordergrund treten lassen. Das Experiment, die empirischen Methoden überhaupt gewannen im verflossenen Jahrzehnt in einem Maße die Oberhand, daß aller intuitiven Spekulation der Boden entzogen schien, indes bei solcher Rationalisierung des geistigen Schaffens die Kräfte der Seele mehr und mehr verkümmerten. Letzten Endes konnten achtenswerte technische Erfolge verzeichnet werden, während auf der anderen Seite eine innere Leere und Ruhelosigkeit für unser Zeitalter kennzeichnend wurden, die nicht anders denn als Krankheitssymptome am sozialen Organismus offenbar werden konnten.

So galt es einen neuen Aufbau, eine neue Vertiefung, eine neue Innerlichkeit. Hier war der Scheideweg. Einerseits erschöpften sich die Philosophen in der Pflege logisch-erkenntnistheoretischer Disziplinen, andererseits begann ein neuer Idealismus aufzublühen, der in der Anerkennung einer selbständigen, selbsttätigen Geisteswelt wurzelte. Der Schwerpunkt kulturellen Schaffens mußte ins Geistige zurückverlegt, eine neue Innenwelt aufgebaut werden, die den Gehalt des Menschenlebens wertvoller, edler gestalten könnte. Das war wie ein Weckruf. Unmerklich rang sich eine Gedankenwelt zu überragender Geltung empor, die dem Leben eine Weite und Tiefe von eindringlicher Harmonie zu geben vermochte. „Entzweiung von Arbeit und Seele" — das war der Befund, auf dem Rudolf Eucken aufbaute. Ihm ist es zu danken, wenn so mancher stille Einkehr halten lernte und Mitkämpfer wurde um ein „Beisichselbstsein", das den Lebensstand unserer Tage auf verjüngten Grundlagen aufzubauen berufen ist.

In diesen Tagen ist Euckens neuestes Werk, seine „Lebenserinnerungen", erschienen. Doch der Gedanke, daß dies einen Abschluß bedeuten soll, will nicht zutreffen. „Wir müssen das Leben mehr in Selbsttätigkeit verwandeln, wir müssen die Verworrenheit entschiedener vertreiben, die bisher das Leben trübte, wir müssen mehr Mut und Unerschrockenheit zeigen, als sich bisher bei diesen Fragen zu finden pflegte." So hat der Jenenser Philosoph schon während des Krieges gesprochen. Heute, da sich das Streben der Zeit nach Einheit und Innerlichkeit immer dringlicher kundtut, möchten wir seiner Hilfe weniger denn je entraten. Denn noch und trotz aller Not dieser Jahre haben wir uns den Glauben an die Mission des Geistes bewahrt.

Dr. Max Jordan.

Das Abstimmungsreglement für Oberschlesien.

Die polenfreundlichen Bestimmungen.

Wer ist stimmberechtigt?

Beuthen, 5. Januar. (W. T. B.)

Das nunmehr veröffentlichte Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist von General Le Rond als Vertreter Frankreichs, de Martini als Vertreter Italiens und Percival als Vertreter Großbritanniens unterzeichnet.

Danach ist **zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat, und in dem Gebiet, in dem die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist, oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder, wie es in dem Reglement heißt, von der deutschen Regierung ausgewiesen ist.** Geisteskranke oder entmündigte Personen sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Die Stimmberechtigten werden in folgende **vier Kategorien** eingeteilt:

a) in Oberschlesien Geborene und in diesem Gebiete Wohnende,
b) in Oberschlesien Geborene, aber hier nicht Wohnende,
c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt in diesem Gebiet wohnen,
d) außerhalb Oberschlesiens Wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten haben.

Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Januar 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist, die Ausgewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten. Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Hierfür bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk.

Artikel 8 des Reglements regelt die Abstimmung in Gutsbezirken. Die Gutsbezirke, deren Bevölkerung weniger als 101 Einwohner zählen, bilden keine Wahlbezirke für sich, sondern werden Nachbargemeinden angegliedert. Die Gutsbezirke, deren Bevölkerung mehr als 100 und weniger als 601 Einwohner zählt, bilden Wahlbezirke für sich. Sie besitzen aber weder einen eigenen paritätischen Ausschuß, noch ein eigenes Wahlbureau. Die Stimmabgabe erfolgt in Gegenwart des Wahlbureauvorstehers der Gemeinde; doch wird eine besondere Urne mit dem Namen des Gutsbezirks benutzt. Die Gutsbezirke, deren Bevölkerung mehr als 600 zählt, bilden vollberechtigte Wahlbezirke.

Artikel 9 bestimmt, daß in jedem Wahlbezirk soviel Wahlabteilungen eingerichtet werden, wie nötig sind, damit die Einwohnerzahl jeder Wahlabteilung nicht über 12 000 und die Anzahl der eingetragenen Wahlberechtigten in dieser Abteilung nicht über 800 hinausgeht.

Für die **Vorbereitungen zur Abstimmung** werden folgende **Zeitpunkte** festgesetzt: Am 10. Januar Errichtung der paritätischen Arbeitsausschüsse, am 14. Januar Beginn der dreiwöchigen Frist für die Eintragung in die Stimmlisten. Am 3. Februar, 6 Uhr abends, Schluß der Eintragung. Am 6. Februar Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmlisten. Am 17. Februar, 6 Uhr abends, läuft die Frist für die Einreichung von Einsprüchen ab. Am 3. März, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist für die Entscheidungen der interalliierten Bureaus über die Einsprüche. Die Wahlurne werden durch die Regierungskommission später bekanntgegeben.

Die von der Regierungskommission für die Abstimmung geschaffenen Behörden sind in jeder Gemeinde: Der paritätische Ausschuß und in den einzelnen Wahlabteilungen das Wahlbureau, in jedem Kreis das Interalliierte Kreisbureau. Diese Behörden sind befugt, von den zuständigen Dienststellen alle erforderlichen Auskünfte einzuholen. Der paritätische Ausschuß besteht aus vier Mitgliedern, denen außerordentliche Mitglieder zur Unterstützung bzw. zur Vertretung beigegeben werden. Dabei wird beiden Parteien, der polnischen und der deutschen, gleiche Vertretung gewährleistet. Der paritätische Ausschuß bildet für je 2400 Einwohner einen Unterausschuß. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Parteien durch das Interalliierte Kreisbureau aus den in Oberschlesien wohnenden Abstimmungsberechtigten ausgewählt. Der paritätische Ausschuß kann eine endgültige Entscheidung nur dann treffen, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Er tritt spätestens am vierten Tage (14. Januar 1921) nach dem Inkrafttreten vorliegender Vorschriften zusammen. Dem paritätischen Ausschuß liegt die Aufstellung der Stimmlisten, die Abgrenzung der Wahlabteilungen und die Aufstellung der Wahlbureaus, die Organisation und die Ueberwachung der Abstimmung in der Gemeinde ob. Das Wahlbureau besteht aus vier ordentlichen und vier stellvertretenden Mitgliedern, die beiden Parteien zu gleichen Teilen entnommen werden. Die Parteien schlagen dem paritätischen Ausschuß am 7. Februar ihre Kandidaten vor. Der paritätische Ausschuß trifft seine Wahl und unterbreitet sie innerhalb acht Tagen dem Interalliierten Bureau zur Bestätigung. Das Wahlbureau muß zehn Tage vor dem Abstimmungstermin gebildet sein.

Das **interalliierte Bureau** setzt sich aus drei Beamten zusammen, von denen jede der in der Regierungskommission vertretenen Mächte einen stellt. Unter ihnen befindet sich der Kreiskontrolleur, dem der Vorsitz zusteht. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Je ein Vertreter der polnischen und der deutschen Partei nehmen als beratende Mitglieder an den Beratungen des interalliierten Bureaus teil. Das Interalliierte Bureau konstituiert sich am Tage des Inkrafttretens vorliegender Vorschriften. Es hat vor allem für eine **freie, unbeeinflußte und geheime Stimmabgabe** zu sorgen. Zu Mitgliedern des interalliierten Bureaus der paritätischen Ausschüsse und der Wahlbureaus dürfen nicht verwandt werden aktive Beamte und Mitglieder des Magistrats, Gemeindevorsteher und Gutsvorsteher, ebensowenig aktive Geistliche und Kultusbeamte der verschiedenen Konfessionen.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen selbst umgehend dafür Sorge tragen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschuß der Gemeinde, in welcher sie ihr Stimmrecht auszuüben berufen sind, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgehendes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die verwandten Ausweispapiere beizufügen sind. Die ersteren haben dem Eintragungsgesuch außerdem **zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit aufgenommenen und von der Gemeinde- oder Polizeibehörden ihres jetzigen Wohnortes** gestempelten und bescheinigten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, der bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und sodann als Stimmkarte zu dienen hat. Ihr Gesuch hat weiter die genauen Angaben ihres letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet sowie die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen, zu enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Interessen erforderlichen Angaben sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtsgemeinde oder in Ermangelung solcher in einer anderen Ortschaft Oberschlesiens wohnender Personen, deren Identität sie bezeugen können, zu enthalten.

Die außerhalb Oberschlesiens geborenen, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer und Beständigkeit ihres Aufenthalts in Oberschlesien auszuweisen. Wenn sie seit dem 1. Juni 1904 nacheinander in verschiedenen Orten des Gebietes gewohnt haben, haben sie jede Erklärung über ihren Wohnsitz von den Gemeinden oder von den Zollbehörden ihrer aufeinanderfolgenden Wohnorte mit einer Beglaubigung versehen zu lassen. Wer nach dem 1. Juni 1896 geboren ist, hat dem Eintragungsgesuch eine Geburtsurkunde beizufügen. Die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, die am 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben, müssen die Eintragungsgesuch an die Regierung in Oppeln senden und dabei alle ihre Ausweisungen ziemlich ausführlich schriftlich mitteilen.

Das **Verfahren bei der Wahlhandlung** wird später durch Verordnung der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Botschafterkonferenz vom 27. Dezember bestimmt.

Diese Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung der Reichsoberschlesier von den eigentlichen Oberschlesiern im Gegensatz zu den Meldungen der „Breslauer Zeitung", wonach die Reichsoberschlesier 14 Tage später abstimmen sollen.

*

Das nunmehr amtlich bekanntgegebene Abstimmungsreglement deckt sich in allen entscheidenden Punkten mit der privaten Publikation, die aus seinem Inhalt bereits gemacht worden ist. Insbesondere soll es also dabei bleiben, daß alle nicht in Oberschlesien geborenen Personen, die nach dem 1. Januar 1904 zugezogen sind, von der Abstimmung ausgeschlossen werden — ein Schritt, der von dem Friedensvertrag, nach welchem der Stichtag „nicht nach dem 1. Januar 1919" liegen darf, in keiner Weise erfordert ist, und der namentlich alle beweglichen Elemente der Bevölkerung, wie Beamte, Kaufleute und Arbeiter ihres Stimmrechts beraubt, nachdem bereits das Stimmrecht der im Reich wohnenden 200 000 Oberschlesier durch die Einführung eines späteren Termins schwer beeinträchtigt worden ist. Die deutsche Regierung muß alles daran setzen, um die Abänderung eines Abstimmungsreglements durchzusetzen, das Polens sämtliche Wünsche erfüllt und Deutschlands wichtigste Rechte verletzt. Keynes gewann als Teilnehmer der Pariser Konferenz den Eindruck, daß die Bestimmungen über Oberschlesien eine verklausulierte Abtretung an Polen bedeuten. Sein berühmtes Buch rechnet deshalb mit dem Verlust als eine für Deutschland feststehende Tatsache. Wollte die Entente Polen Oberschlesien zusprechen, so hätte sie das gleich sagen können. Ein Verfahren, das unter dem Schein einer gerechten Abstimmung die Polen einseitig begünstigt, muß den schärfsten Widerstand hervorrufen, wird aber auch die Oberschlesier zur Anspannung aller Kräfte veranlassen.

*

Heimattreue Oberschlesier, die sich noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, sich unverzüglich bei der Bezirksgruppe Berlin, Schöneberger Straße 9 III, zu melden, da die Abstimmungslisten in den nächsten Tagen abgeschlossen werden.

Z Berufungen an das neue Potsdamer Reichsarchiv. Für das neue Reichsarchiv, das in Potsdam aus der Zusammenlegung der bisherigen Archive des Großen Generalstabs, der Reichsämter usw. entsteht, sind als Direktoren berufen worden: Archivrat Dr. Wäsebeck, bisher Geheimer Staatsarchivar am Berliner Geheimen Staatsarchiv, und Regierungsrat Professor Dr. Paul Herre, zuletzt im Auswärtigen Amt; als Oberarchivräte Dr. Kayser, bisher Archivdirektor in Straßburg, Dr. Kisly, bisher Archivar in Anholt; als Archivräte Dr. Kunz v. Kauffungen, früher in Metz, Dr. Schäfer, früher in Rom, Professor Dr. Volz (Berlin), Dr. Martin Hobohm, Privatdozent an der Berliner Universität, Professor Dr. Veit Valentin, Dr. Bergsträsser, Dr. Steinzel, früher in Straßburg, Dr. Thimme, bisher Archivassistent am Berliner Geheimen Staatsarchiv, und Dr. Rothfels (Berlin).

Z Bei der Wilhelm-Bölsche-Feier, die der Volkskraftbund aus Anlaß des 60. Geburtstages Bölsches am 9. Januar, vormittags 11½ Uhr, im Neuen Volkstheater veranstaltet, hält Professor Dr. Heck, Direktor des Zoologischen Gartens, die Festrede. Bei der Feier wirken mit: der Berliner Lehrergesangverein, die Kammermusikvereinigung, das Blüthner-Orchester und Rose Liechtenstein.

Neue Mitteilungen. Im Meistersaal lesen am 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, Edith Wiese (Stadttheater Potsdam) und Friedrich Schütze die Tragödie „Kotilina" von Wulf Bley. — Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wird Prof. Dr. Arthur Liebert einen Vorlesungszyklus über Allgemeine Geschichte der Philosophie abhalten. Die Vorlesung, die Dienstag, 11. Januar, nachmittags 4½ Uhr, beginnt, wird einige Wochen umfassen. — Prof. Dr. Käser Bie spricht am 11. Januar im Meistersaal über die Erscheinung Busonis. — Der Reichskunstwart Prof. Dr. Redslob hält auf Veranlassung des Bundes für Schulausstellungen am 12. Januar im Hörsaal 122 der Universität einen Vortrag über „Unbewußte Kunsterziehung".

Uraufführungen im Reich. Im Meininger Landestheater findet am 12. Januar die Uraufführung des Dramas „Kain" von Anton Wildgans und am 21. Januar die von Georg Kaisers Komödie „Die jüdische Witwe" statt.

Theaterchronik. Als Sondervorstellung bei kleinen Preisen zugunsten seiner Pensionskasse veranstaltet das Deutsche Opernhaus am Donnerstag, 6. Januar, nachmittags 3½ Uhr, eine Aufführung von „La Traviata". Die Titelrolle singt Hertha Stolzenberg.

Am Freitag, 7. Januar, findet im Rose-Theater die Erstaufführung der Komödie „Schneider Wibbel" von Hans Müller-Schlösser statt. Die Regie führt Emil Lessing. Die Hauptrollen sind mit Lotte Fuhst und Adolf Schröder besetzt.

Verlängerung des Reichstarifs der Bankbeamten.

Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, wurde gestern, nachdem eine Redaktionskommission die vom Schlichtungsausschuß getroffenen Erweiterungen und Verbesserungen in den bisherigen Reichstarif hineingearbeitet hatte, dessen Verlängerung von dem Arbeitgeberverband, vom Deutschen Bankbeamtenverein, vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und vom Reichsverband der Bankfassenboten unterschrieben. Die Verlängerung gilt bis zum 30. Juni, jedoch können die Parteien für die Zeit nach dem 1. April neue Verhandlungen über die Einkommenssätze, über die Anrechnung von Berufsjahren und über die Zahlung einer Hausstandszulage an solche Ledige verlangen, die einziger Ernährer von gesetzlich unterhaltsberechtigten Familienangehörigen sind und mit ihnen im gleichen Hausstand leben.

---

* Die Nachricht, daß **General Wrangel** sich zurzeit in Deutschland befindet ist, wie wir hören, unzutreffend. Es handelt sich um den Legationsfekretär Wrangel, der auf der Reise von Schweden nach der Schweiz sich in Deutschland aufhält.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung. Mild und zunächst überwiegend trübe mit wiederholten Regenfällen und mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden. Später zeitweise aufklarend.

Ausstellung im Polizeipräsidium.

Die Musterung gestohlener Teppiche.

In den Menschenstrom, der wie alle Tage das Polizeipräsidium am Alexanderplatz durchflutet, mischen sich heute die Scharen der um Teppiche Bestohlenen. Alle Stände sind vertreten, aber die wohlhabenden Kreise sind in der Ueberzahl. Sie allein haben einige Aussicht darauf, nicht vergebens gekommen zu sein, denn die Diebe, deren Beute man hier ausgestellt hat, waren Kenner, sie nahmen nur Wertvolles mit. Ihre Fachkenntnisse hatten sie als kaufmännische Angestellte in Teppichgeschäften erworben. Etwa dreißig kostbare Teppiche, echte Kelims, seidene Perser, alte Orientteppiche seltener Herkunft sind an den Wänden aufgehängt, über die aufgestellten Tische ausgebreitet. Hier und da wird ein Wiedersehen gefeiert, einigen Glücklichen können die rekognoszierten Stücke sofort ausgeliefert werden. Bei anderen Teppichen ist die Sache schwieriger. Da haben sich vier Eigentümer zu einem Stück gemeldet. Es ist eins jener Muster, das viele tausendmal verbreitet ist. Nun werden alle erst genau Tag, Stunde des Einbruchs, besondere Merkmale des Verluststückes anzugeben haben. Groß ist die Zahl der Enttäuschten, der vergeblich Gekommenen. Heute und hier kommen nur Beutestücke in Betracht aus Diebstählen, die in Berlin und Umgegend in der Zeit vom August bis November 1920 verübt sind. Auch nur solche, die im Erdgeschoß ausgeführt wurden und bei denen die Diebe durch ein offenes Fenster eindrangen oder durch einen Steinwurf das Fenster zertrümmerten und durch das Loch den Riegel von innen öffneten. Die Diebe arbeiten nur nach dieser Methode, nahmen als Fachleute nur Wertvolles und nur Teppiche, das wenige Silberzeug, das man hier ausgestellt sieht, ist minderwertig und nur zufällig dabei.

Verlegung der Eisenbahndirektion Osten. Die Eisenbahndirektion Osten in Charlottenburg ist bekanntlich Nachfolgerin der früheren Direktion Bromberg. Sie ist jetzt notdürftig im Landwehrkasino am Bahnhof Zoologischer Garten untergebracht. Die dortigen Räume sind aber für einen geordneten Dienstbetrieb ganz ungeeignet. Die Mehrzahl der Bureaus ist in einem einzigen großen Saal untergebracht, in dem die einzelnen Abteilungen durch Aktenschränke angedeutet werden. Es ist eine Verlegung der Direktion nach Frankfurt a. Oder beabsichtigt, die jetzt vorbereitet wird. Große Schwierigkeiten macht es aber, Wohnungen für die Beamten in der Stadt zu beschaffen.

Für 250 000 Mark Briefmarken gestohlen. Einen schweren Verlust hat die Briefmarkenhandlung von Lorenz in der Augsburger Straße 48 erlitten, die von Geldschrankdieben heimgesucht wurde. Die Einbrecher öffneten nach Art gewerbsmäßiger Verbrecher den Geldschrank und stahlen daraus 5000 Mark bares Geld und für eine Viertelmillion Briefmarken: eine Generalsammlung mit 8500 verschiedenen Marken in zwei Schwaneberger Alben, Ausgabe 1920, im Werte von 60 000 Mark, vier Kriegsmarkensammlungen in roten Redwitz-Alben im Werte von 73 000, 35 000, 23 000 und 16 000 Mark, sowie „Engrosware", hunderte Sätze und Einzelmarken der deutschen Abstimmungsgebiete usw. im Werte von mindestens 50 000 Mark. Die ganze Beute schafften die Einbrecher in einem Rohrplattenkoffer fort.

Der Ton auf der Tribüne. Die in letzter Zeit so unliebsamen Störungen der Verhandlungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung durch die Tribünenbesucher waren gestern im Berliner Rathaus Gegenstand interfraktioneller Besprechungen. Stadtverordneter Adolf Hoffmann (Komm.) trat als Gegner jeglicher Maßnahme, die zu neuen Schwierigkeiten führen könnten auf. Er glaubte, sich dafür verbürgen zu können, daß in Zukunft von seinen Genossen alles geschehen wird, um neue Störungen zu verhüten. Man einigte sich schließlich dahin, es den einzelnen Fraktionen zu überlassen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Beschließen die acht Fraktionen in ihrer Mehrheit, die Einführung von Karten für die Tribünenbesucher, wie sie auch bei den Parlamenten schon lange eingeführt sind und sich bewährt haben, dann will man auch im Roten Hause einen Versuch damit machen. In den meisten Fraktionen ist man der Meinung, daß man auf die Dauer ohne schärfere Maßnahmen gegenüber den Unruhestiftern nicht auskommen dürfte.

Dänische Weihnachtsfeier für Berliner Kinder.

Die dänischen Gewerkschaften, die im verflossenen Jahre sich in dankenswerter Weise für die Unterbringung von fast 20 000 bedürftiger deutscher und österreichischer Kinder in Dänemark eingesetzt hatten, veranstalteten heute in Berlin in den Räumen der Neuen Welt in der Hasenheide eine Weihnachtsfeier für 3000 Kinder. Zahlreiche Helferinnen verteilten aus Krügen und Kannen Schokolade oder Kakao nach Wahl. Von der dänischen Gesandtschaft war der Attaché Larsen erschienen. Von dänischen Gewerkschaftsführern, die im Auftrage ihrer Verbände den Berliner Kindern die nachträgliche Weihnachtsfreude bereiteten, sah man Nielsen, Jörgensen und Sörendsen. Stadtverordneter Schulz (Berlin) eröffnete die Feier mit einem Dank an die dänischen Spender. Es folgten Liedervorträge. Die Reichstagsabgeordnete Frau Marie Juchacz sprach dann zu den Kleinen und dankte mit warmen Worten für die Aufnahme, die die deutschen Kinder in Dänemark gefunden haben. Heute nachmittag wurden nochmals 1500 Kinder beschenkt.

Mord und Selbstmord. In Ruhland bei Torgau erschoß, wie uns aus Halle gemeldet wird, der frühere Schauspieler Phönix aus Senftenberg die 18jährige Tochter eines Brauereibesitzers, die seine Liebesanträge abgewiesen hatte. Hierauf beging er Selbstmord.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 5. Januar 1921.

Nach festem Beginn nicht einheitlich.

Nach lebhaftem, festem Beginn gestaltete sich der Verkehr an der heutigen Börse sehr bald unregelmässig. Es kam zu Kurseinbussen, da nur verhältnismässig wenige Kauforders vorlagen. Der Devisenmarkt zeigte eine feste Haltung, doch auch dort war das Geschäft nicht mehr so lebhaft wie am gestrigen Tage.

Montanwerte: Bismarckhütte 699¾ (— 7¼), Bochum 544 (— 12), Buderus 737 (— 12½), Deutsch-Luxemburg 384 (+ 6½), Gelsenkirchen 369½ (+ 7½), Hoesch 833 (+ 12), Lothringer Hütte 460½ (— 6½), Mannesmann 628 (+ 9), Caro Hegenscheidt 307½ (+ 7½), Thale 860 (— 16). Schiffahrtsaktien: Deutsch-Austral. 365 (+ 22), Paket 194¾ (+ 3½), Hamburg-Südamerika 402 (+ 6). Chemische Papiere: Agfa 465½ (+ 10½), Anglo Guano 419½ (+ 11), Elberfelder Farben 499 (+ 5), Goldschmidt 1005 (+ 15). Elektroaktienmarkt: Bergmann 374½ (+ 14½), Deutsch-Uebersee 1100 (+ 130), Felten u. Guilleaume 509¾ (+ 9¾), Sachsenwerk 390 (+ 20). Maschinenfabriken usw.: Daimler 298 (+ 3), Deutsche Waffen 557 (— 8), Hirsch Kupfer 448 (+ 5), Orenstein u. Koppel 681 (+ 9), Rheinmetall 418½ (+ 18½), Stettiner Vulkan 330 (+ 6), Weser Schiffsbau 327 (+ 17). Kaliwerte: Aschersleben 430 (— 20). — Auslandspapiere: Neu-Guinea 610 (— 9), Otavi Minen 780 (+ 27½), Genuss 660 (+ 24), Schantung 615 (+ 16), Canada 750 (+ 19), Türk. Tabak 1005 (+ 35). Bankaktien: Deutsche Bank 330 (— 4), sonst nur wenig verändert.

Verlauf: Nicht einheitlich. Hoesch 860 nach 833. Mannesmann 640 nach grösseren Schwankungen. Oberbedarf 336 (— 6½), Phönix 644 (— 6¼), Th. Goldschmidt 955 (— 50), Bergmann 515 (+ 155), Sachsenwerk 410 (+ weitere 20), Orenstein & Koppel 642 (— 40).

Kassamarkt: Fest.

Höher: Dürener Metall 35, Balcke Masch. 62, Braunschweiger Kohlen 25, Deutsche Kunst-Leder 20, Nürnberg Herkules 18, Busch opt. 20, Hoffmann Stärke 33, Basalt 20, Wessel Schuhfabrik 25, Deutsch-Niederl. Telegr. 13, Excelsior Fahrrad 14, Kammerichwerke 39, Fürther Tafelglas 25, Linner Brauerei 50, Westfäl. Draht-Industrie 15, Breslauer Sprit 90, Kahla Porz. 60, Kahlbaum 15, Riedel 30, Kasseler Federstahl 60, Egestorff Masch. 18, Bing 14, Braunschweiger Jute 11, Fein Jute 21, Nordd. Steingut 11, Dinnendahl 11, Deutsch-Atlant. Telegr. 10, Stuhlfabrik Gossentin 10, Stöhr Kammgarn 9, Stassfurt chem. Fabrik 10, Dessauer Gas 10, Gaggenauer Eisen 10, Deutsche Kabel 10.

Niedriger: Seebeck 13, Baroper Walzwerk 70, Thörls Oelfabrik 40, Zeitzer Masch. 19, Kunz 20, Hold u. Francke 18, Byk 10.

Rentenmarkt: Deutsche Anleihen behauptet. Ausländische Renten wenig verändert.

Freier Verkehr. Pomona ca. 9000, Dt. Kolonial-Anteile 7350, Kaoko 205, Kolmanskop 290, Südsee-Phosphat 1875, Sloman 2625, Mansfelder 4950, Heldburg 341, Ronnenberg 435—440, Dt. Erdöl 2650, Dt. Petroleum 2330 à 2310 à 2275, Russenbank 97—94, Petersburger Internationale Handelsbank 107—105, Benz 280.

Kurse gegen 2 Uhr: Schantung 608, Deutsch-Luxemburg 380, Phönix 646, Hohenlohe 311, Weser Schiffsbau 355, Mannesmann 634, Th. Goldschmidt 970, Orenstein u. Koppel 645, Rheinmetall 437.

Zwanzigmarkstücke 308—312. Barrengold 42 500 bis 43 000.

Kosciusko-Noten 9⅞—10.

Markkurs (nach Privatmeldungen): Holland 4,17½, Zürich 8,70, Kopenhagen 8,40, Stockholm 6,50.

Fortlaufend notierte Papiere. (Ohne Gewähr).

Festverz. Werte		Fortlaufende Kurse		Einh.-Kurse
R.-Sch. 14 I	5			—.—
do. 1915 II	5			—.—
do. 1917 III	5		98.12	98.20
do. 1916 IV-V	4½		80.50	80.50
do. 6-9 (Ag.)	4½			—.—
do. fällt. b. 24	4½	90.62		90.60
Dt. Rchs.-A.	5	77.50		77.50
do.	4	66.25		66.75

		Fortlaufende Kurse		Einh.-Kurse
Nat. Bk. f. Dt.	7	203.—	203.87	203.25
Oest. Kred. 1	1⅓	70.50	70.75	70.75
A.-G. f. Anil.	18	465.50		465.—
Adlerwerke	10	357.—		
Allg. El.-Ges.	14	346.—	347.50	
Angl.-C. Gu.	6	419.50	415.—	414.75
Augsb. Krnb.	12	508.—	496.—	
Bad. Anil. Sd.	18	575.—		
Bergm. Elkt.	12	374.50	405.—	
Bismarckhütte	28	699.75		689.—

Einheitskurse (Ohne Gewähr)

Dt. Staatsanleihen

Dt. Präm.-Anl.	5	86.50
do. Schutz.-A.	4	74.
Pr. Sch. (Hb.)	4½	83.75
do. Staffel	3½	54.75

Pr. H. A. B. alte	3½	90.—
Pr. Pfb. 18-22	4	94.—
d. K-O. 2,6-10	4	93.25
Rh.-W. Bodkr. 1,3,5,7,7A	4	98.75
Sächs. Bdkd. 3	4	102.50
Schls. Bk. 1-5	4	89.50

L. Loewe & C. 12	5	101.50
do. 19	4½	101.50
Ludw. R. G. 13	5	102.50
Masm. 99 etc.	4½	104.—
do. 13	4½	100.—
Märk. El-W. 13	5	100.—
Mrk. Wf. B. 98	4½	103.—
Mix & Gen. 96	4½	—.—
Mühlh. Bwk 02	4½	100.50

Hugger Posen	8½	
König B. Beeck	10	
Leipz. Riebeck	10	
do. Vrz.-Akt.	6	
Linden, Hann.	10 v	246.—
Löwenb. Dortm	10	
Müs Langendr.	12	
Oberschles.	11	
Reichelbräu	12	312.—

Bayr. Celluloid	20	612.—
do. Hartst.-Ind	0	290.—
do. Spiegelgls	40	549.—
Baz. Genußsch	60	1090 —
Bdbg. Wollind.	25	595.—
J. P. Bemberg	20	532.—
Bendix, Holzb.	6	219.—
C. Berg. Evekg.	20	420.—
Jl. Berg. Tiefb	20	525.—

J. Elsbach & Co	17	394.—
E. u. St. Ulrich	9	
Erdmannsd. S.	12	337.50
Erl. Baumw.-S.	15	449.—
Eschw. Bergw.	12	384.75
Essen. Steink.	12	600.—
Excels. Fahrr.	20 v	475.—
Fab. J. Bleist.	20	410.—
Fag. Mannst.	9	

Kölsch Walzg.	25	735.—
König Wilhelm	12	645.—
Kg. Wil. St.-Pr.	17	755.—
Königsb. Lgh.	6	196.—
do. Walzmühle	10	272.—
do. Zellstoff	15	—.—
Königsborn B.	12	790.—
Königszelt Pz.	25	690.—
Kontin. Asph.	0	—.—

Opp. Portl. C.	12	354.—
Osnabrck. Kpf.	15	385.—
Ottensen. Esw.	10	285.—
Panzer A. Gs.	15 v	330.—
Passage Bau	20	349.—
Peipers & Cie.	25	680.—
Petersb. el. Bl.	—	—.—
do. Vorz.-A.	—	—.—
Pferrsee Spin.	12	

Stettin. Cham.	12	441.—
do. Elektr.-W.	7	139.—
R. Stock & Co.	15	495.—
H. Stodiek & C.	15	—.—
Stöhr & Co., K.	20	—.—
Stoewer, Nhm.	41	450.—
Stolberg. Zink	20	435.—
Gbr. Stollwck.	6	153.—
Strals. Spielk.	16⅔	

do. Steingut	25	478.50
do. TrikotSp.	8	328.—
do. Wollkäm.	62	386.—
Nordpark Ter.	o. D.	—.—
Nürnbg. Hk.-W	16	478.—
Odwld. Hrtst.	12	
Oeking. Stwk.	20	530.—
Oelfb. Gr.-Ger.	10	—.—
E. F. Ohles Erb.	2½	239.75

J. C. Spinn & S.	10	
Sp. Renner & C.	10	—.—
Sprengst. Crb.	13 v	—.—
Stadtberg. Htt.	9 v	250.—
Stahl & Nölke	12	520.—
Stahnsdorf	0	81.—
Stassf. Che. r.	30 v	495.—
Steingut Cold.	26	—.—
Stett.-Bred. P.	3	279.—

Wrede, Mälz.	7	185.—
E. Wundt. & Co.	24 v	319.—
Zeitz. Masch.	35	720.—
Zellstoff-Ver.	20	302.—
Dt.-Ostafr.-G.	—	260.—
Kamerun E.-G.	—	153.75
do. 100 M.	—	153.75
Ostafr. E. G. A.	—	—.—

Bankdisk. • Devisen

Bankdisk.	Devisen	5. 1. Geld	Brief	4. 1. Geld	Brief
5	Deutschld.				
4½	Holland . . . . . Gulden	2362.60	2367.40	2360.10	2364.90
7	Dänemark . . . Kronen	1171.30	1173.40	1186.30	1188.70
7½	Schweden . . . Kronen	1508.45	1511.55	1518.45	1521.55
7	Norwegen . . . Kronen	1178.80	1181.20	1188.80	1191.20
8	Finnland . finn. Mark	218.25	218.75	210.75	211.25
5	Schweiz . . . Franken	1139.85	1142.15	1148.85	1151.15
5	Oesterr. (altes) . . Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—
5	Deutsch-Oest. Kronen	16.35½	16.39½	16.48	16.52
—	Ungarn . . . . . Kronen	12.10½	12.14½	12.28	12.32
6	Tsch.-Slowak. Kronen	81.65	81.85	81.70	81.90
5	Spanien . . . . Pesetas	974.—	976.—	986.50	988.50
7	Amerika . . . . Dollars	74.67	74.85	75.21½	75.45½
5½	Belgien . . . . Franken	460.50	461.50	459.50	460.50
7	England . . . . £	266.20	266.80	267.95	268.55
6	Frankreich . Franken	438.55	439.45	436.55	[illegible].45
6	Italien . . . . Lire	257.20	257.80	254.70	255.30

* Neue französische Kohlenforderungen an Deutschland.

Bereits in der heutigen Morgenausgabe des „B. T." waren Telegramme aus London und aus Brüssel wiedergegeben worden, in denen gesagt war, das Frankreich auf die Herabsetzung der in Spaa zugestandenen Kohlenpreise und auf das Aufhören der Kohlenvorschüsse dränge und dass die neuen, erheblichen Kohlenforderungen Frankreichs auf die Brüsseler Verhandlungen ungünstig zurückwirken. Wie wir an hiesiger zuständiger Stelle erfahren, drängt Frankreich in der Tat auf eine Herabsetzung der Kohlenpreise und auf eine Erhöhung der Lieferungen. — Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, dass zwischen Kohlenlieferungen und sonstigen, sei es Sach- oder Geldleistungen, ein unlösbarer Zusammenhang besteht derart, dass je höher die Lieferungen an Kohle, desto geringer die industrielle Produktionsfähigkeit und desto geringer die deutsche Leistungsfähigkeit auf allen anderen Gebieten der Wiedergutmachung sein muss. Bereits heute sind unsere Kohlenleistungen grösser, als dass sie auf die Dauer getragen werden können. Sie noch zu erhöhen und zum gleichzeitig gewaltige Wiedergutmachungsleistungen aufzubürden, wäre das Gegenteil nicht nur jeder vernünftigen, von europäischen Gesichtspunkten geleiteten Wiederaufbaupolitik, sondern auch jeder erträglichen Lösung der Wiedergutmachungsfrage. Ueberdies müsste es sehr unglücklich auf die Wiederaufbauwillen bei der Unternehmerschaft wie der Arbeiterschaft einwirken, wenn wir die Erfahrung machen würden, dass jede mühsam erreichte Erhöhung der Kohlenerzeugung nicht unserer Wirtschaft zugute kommt, sondern von Frankreich beansprucht wird, dessen Kohlenversorgung heute schon eine wesentlich bessere ist als die unsrige. Was die von Frankreich verlangte Preisherabsetzung anbetrifft, so handelt es sich dabei nicht um die auf dem Landwege nach Frankreich gehende Kohle, für die der Preis ja (Inlandspreis und Fracht bis zur Grenze des Bestimmungslandes) im Friedensvertrag festgesetzt ist. Sondern es handelt sich um die über Rotterdam gehende Kohle, für die Frankreich den Weltmarktpreis nicht zahlen will, da es behauptet, dass es sich dabei nicht um Seekohle, sondern um Landkohle handelt. Das überragende Interesse, dass die französische Eisenindustrie an billigen Kohlenpreisen hat, geht aus einer Rede hervor, die Guy de Wendel in der französischen Kammer gehalten hat.

Danach beträgt der Kohlenpreis in Frankreich 200 Fr., in England 115 Fr., in Belgien 90—100 Fr., in den Vereinigten Staaten 66 Fr. und in Deutschland 47 Fr. An Arbeitslöhnen zahlt der französische Unternehmer 20 Fr., der deutsche 9 Fr. Dadurch wird der Wettbewerb auf dem Weltmarkte unmöglich. Die Tonne Roheisen erfordert an Produktionskosten in Frankreich 42 Fr. mehr als in Belgien und 154 Fr. mehr als in Deutschland. Allerdings geht aus diesen Zahlen die unrühmliche Lage der französischen Eisenindustrie hervor. Durch die Einverleibung Elsass-Lothringens hat Frankreich eine grosse Eisenindustrie erhalten, aber es fehlt ihm die Kohlenbasis. Englische und amerikanische Kohle einzuführen, erschweren ihm die Valutaverhältnisse; je mehr Kohle es aus valutastarken Ländern einzuführen gezwungen ist, desto ungünstiger gestaltet sich, Belgien und Deutschland gegenüber, seine industrielle Position.

Die von Frankreich verlangte Senkung der Preise würde den Druck auf den internationalen Kohlenmarkt natürlich weiter verschärfen, ist also keineswegs im Interesse Englands, dessen auf Ausnutzung seiner Monopolstellung aufgebaute Kohlenpreispolitik ja schon ohnedies zusammengebrochen ist. Was die Forderung anbetrifft, dass die Kohlenvorschüsse, die das Spaa-Abkommen festsetzt, aufhören sollen, so ist das natürlich von französischen Standpunkte aus zum Teil eine Frage des Preises, zum Teil eine Frage der Valuta. In Verbindung mit der von Deutschland angestrebten vernünftigen Regelung der Zahlungen aus dem Clearingverfahren gewinnt sie für uns ein besonderes Interesse. Denn sollte es, was sich ja in Kürze entscheiden muss, zu einer Einigung über einen für uns günstigen Zahlungsmodus kommen, so entsteht die Gefahr, dass die Erleichterung, die unserer Finanz- und Wirtschaftslage dadurch zuteil würde, kompensiert würde durch die gleichzeitige Aufhebung der Kohlenvorschüsse. Bis jetzt war die Lage so, dass wir die Kohlenvorschüsse zur Begleichung des Clearingsaldos verwenden mussten. In Zukunft könnte unsere Lage sich so gestalten, dass wir zwar zunächst von den Clearingzahlungen verschont blieben, dafür aber auch keine Kohlenvorschüsse empfingen. Dann aber hätte sich per saldo nichts zu unseren Gunsten geändert und die uns zur Verfügung stehenden Devisen reichten nach wie vor nicht zur Deckung des lebensnotwendigen Importbedarfes.

*** Unstimmigkeiten zwischen Versicherungsgesellschaften und Versicherten.** In der letzten Zeit hatten wir über Fälle berichtet, in denen Einbruchdiebstahlsversicherungsverträge bei einem Wohnungswechsel des Versicherten von den Gesellschaften gekündigt worden waren, um höhere Prämien herauszuschlagen. Gleichzeitig war von uns eine Mitteilung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung erwähnt worden, in der die Gesellschaften ebenso wie der Einbruchsdiebstahlversicherungsverband von dem Amt darauf hingewiesen wurde, dass eine Kündigung nur Platz greifen sollte, wenn mit dem Wohnungswechsel eine Verschlechterung des fraglichen Risikos eintrete. Obwohl demnach der Standpunkt des Aufsichtsamts klipp und klar zum Ausdruck gebracht worden ist, versuchen doch immer wieder Gesellschaften, die Prämiensätze bei einem Umzuge zu erhöhen. So wird uns jetzt ein Fall vorgetragen, der sich mit einer bayerischen Versicherungsgesellschaft abgespielt hat. Diese kündigte dem Versicherten anlässlich seines Umzuges die Einbruchsdiebstahlversicherung, die noch mehrere Jahre läuft. Der Vertrag sollte nur unter der Bedingung in Kraft bleiben, dass eine höhere Prämie und 25 pCt. Parterrezuschlag bezahlt wurden, obgleich der Versicherte vorher ebenfalls eine Parterrewohnung innehatte. Auf seine Beschwerde bei dem Reichsaufsichtsamt ist aber jetzt dem Versicherten von der Gesellschaft bestätigt worden, dass die Versicherung auch nach seinem Umzuge ohne eine Erhöhung der Prämie fortgesetzt wird. Es empfiehlt sich also für die Versicherungsnehmer, den Beschwerdeweg zu beschreiten, falls sie sich durch die Gesellschaften benachteiligt glauben. — Ferner geht uns eine Zuschrift zu, die gleichfalls von allgemeinem Interesse sein dürfte, da es sich um Versicherungsfragen handelt, die heute für viele eine grosse Bedeutung haben. Es heisst darin u. a.:

„Ich bin im März d. J. als Flüchtling aus meiner alten Posener Heimat ausgewandert. Beim Umzug habe ich mein gesamtes Gut bei einer Frankfurter Gesellschaft gegen die Gefahren des Transportes versichert und dafür 2000 M. Prämie bezahlt. Bei der Ankunft in Berlin hat sich herausgestellt, dass einzelne Möbelstücke demoliert bzw. beschädigt waren. Es hat wochenlang gedauert, bis ich unter Klagedrohung erreicht habe, dass die Versicherung den Schaden durch Sachverständige hat feststellen lassen. Nachdem die Schadenfeststellung erfolgt ist, hat sie trotzdem eine Regulierung des an und für sich nicht bedeutenden Schadens abgelehnt, mit der Begründung, dass sie den Regress gegen die Eisenbahn eingeleitet hätte und erst abwarten wolle, was die Eisenbahn ihr selbst ersetzen werde. So wie mir ist es bei der gleichen Gesellschaft vielen anderen Flüchtlingen aus Posen ergangen, die ich alle namhaft machen kann."

Weiter schreibt dieser Einsender über einen zweiten Fall: „Ich hatte im Juni 1919 das Unglück, dass mein Grundstück in der ehemaligen Provinz Posen von einem Brande betroffen wurde. Das Versicherungsjahr läuft vom 1. Juli 1918 bis zum 30. Juni 1919. Die Prämie für dieses Versicherungsjahr ist am 1. Juli 1918 in deutscher Valuta bezahlt worden. Die Versicherungssumme lautet auf deutsche Währung. Die Taxen der Maschinen, auf Grund deren die Versicherung zustande gekommen ist, lauten in deutscher Mark. Der Versicherungsvertrag selbst ist auf Grund eines Vorvertrages mit dem Verbande der deutschen Müller zustande gekommen. Die Taxen der Schadenexperten sind in deutscher Mark abgegeben worden. Trotzdem wagt es die Versicherungsgesellschaft, ein Magdeburger Institut, mit den Schadenersatz in polnischer Mark anzubieten. Die erste Instanz hat auf die eingereichte Klage hin zuungunsten der Gesellschaft entschieden. Wenn deutsche Versicherungsgesellschaften, die sich zur Elite der deutschen Versicherungsgesellschaften rechnen, so handeln zu können glauben, dürfen sich die Kreise des Versicherungsgewerbes nicht wundern, wenn das allgemeine Vertrauen zu ihnen schwindet, und sich einzelne Verbände zum Selbstschutz zusammenschliessen, andere überhaupt nicht mehr versichern, damit sie den Aerger und das Geld für die Prämie lieber gleich sparen."

Inlandspreise für Auslandfilialen unzulässig. Eine Exportgesellschaft hatte bei der Aussenhandelsstelle für Eisen- und Stahlerzeugnisse Ausfuhranträge gestellt und die richtigen Preise eingesetzt. Bei der Revision stellte sich heraus, dass sie ihrer Niederlassung in Uebersee lediglich die deutschen Inlandspreise in Anrechnung gebracht hatte. Daraufhin wurde der Firma geschrieben, dass ausländische Niederlassungen genau wie andere rein ausländische Häuser hinsichtlich der Preisgestaltung zu behandeln seien. Die Firma hat daraufhin sich an den Reichskommissar gewandt, um dessen prinzipielle Stellungnahme dazu zu erhalten. Der Reichskommissar hat der Firma u. a. das Folgende mitgeteilt: „Es ist Pflicht der Aussenhandelsstelle, dafür zu sorgen, dass die auf der Ausfuhrbewilligung angegebenen Werte auch tatsächlich berechnet und hereingebracht werden. Es muss als Täuschung der Aussenhandelsstelle bezeichnet werden, wenn Sie den Ausfuhrmindestpreis auf der Ausfuhrbewilligung einsetzen, während Sie, wie die Revision ergeben hat, Ihrer ausländischen Filiale in der Tat nur Inlandspreise berechnen. Sollten Sie Ihr bisheriges Verfahren beibehalten wollen, so würde die Aussenhandelsstelle gegen Sie einschreiten müssen. Im übrigen liegt auch wirtschaftlich kein Anlass vor, Ihrer ausländischen Filiale nicht den Ausfuhrmindestpreis zu berechnen; denn ob Ihre ausländische Filiale, die ja nach Ihrer Angabe angeworben ist, die Ausführungsdestpreise einhalten, die Differenz zwischen dem inländischen Einkaufspreis und dem Ausfuhrmindestpreis als Gewinn ausweist oder Sie selbst, ist wirtschaftlich im wesentlichen gleichbedeutend."

*** Holzverkohlungs-Industrie Akt.-Ges.** in Konstanz. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 27 Mill. M. auf 45 Mill. M. beschlossen und zwar durch Ausgabe von 22 Mill. M. den bisherigen Aktien gleichberechtigten Stammaktien, wovon 18 Mill. M. im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 115 pCt. den Aktionären anzubieten sind, und durch Ausgabe von 5 Mill. M. Vorzugsaktien mit einer Vorzugsdividende von 7 pCt. mit Nachbezugsrecht und mit dreifachem Stimmrecht. Die Vorzugsaktien werden zu pari einem Konsortium überlassen, das aus der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt, der Bank für Handel und Industrie und der Pfälzischen Bank besteht. Die Generalversammlung genehmigte gleichfalls die erforderlich werdenden Statutenänderungen.

*** Bingwerke Akt.-Ges. — Metallwarenfabrik vorm. Max Dannhorn Akt.-Ges.** Die Dannhorn Akt.-Ges. schlägt ihren Aktionären auf Grund einer früheren Vereinbarung mit den Bingwerken vor, einem Aktienaustausch im Verhältnis 6:5 die Zustimmung zu erteilen. Die erforderlichen Bingaktien werden von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt. Generaldirektor Josephthal scheidet aus dem Vorstand aus und übernimmt eine leitende Stelle im Bingkonzern. Das Unternehmen hat 1920 zufriedenstellend gearbeitet. Soweit schon jetzt überblickt werden kann, können 14 pCt. Dividende in Aussicht genommen werden. Die Bingwerke glauben, auf das erhöhte Aktienkapital wieder 18 pCt. Dividende ausschütten zu können.

Fritz Werner Maschinenfabrik Akt.-Ges., Berlin-Marienfelde. Die Generalversammlung hat beschlossen, für das am 30. September 1920 zu Ende gegangene Geschäftsjahr eine Dividende von 8 pCt. zu verteilen und das Grundkapital von 6 auf 12 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen Aktien wurden von dem Bankhaus von Goldschmidt-Rothschild & Co. und der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, übernommen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Bankdirektor Goldschmidt (Nationalbank für Deutschland), Generaldirektor Leuf (Magdeburger Werkzeug-Maschinenfabrik Akt.-Ges.).

*** Bergmann Elektrizitäts-Werke.** In dem Prospekt über die Zulassung von 20 Mill. M. Teilschuldverschreibungen äussert sich die Verwaltung wie folgt: Der Geschäftsgang war im Jahre 1920 zufriedenstellend. Die Gesellschaft verfügt über einen so grossen Auftragsbestand, dass sie in allgemeinen in ihren wesentlichen Fabrikationszweigen auf Monate hinaus Beschäftigung hat. Auch für 1921 kann, falls keine unerwarteten Ereignisse eintreten, mit einem befriedigenden Ergebnis gerechnet werden.

*** Winterscher Papierfabriken Akt.-Ges.** in Hamburg. Die Frankfurter Creditanstalt, in deren Besitz die Aktienmehrheit übergegangen ist, beabsichtigt ihren Einfluss im Aufsichtsrat geltend zu machen. Die Papierhandels- und Exportgesellschaft m. b. H. in Frankfurt a. M. tritt dagegen in keine näheren Beziehungen zu den Winterschen Papierfabriken. In einer für den nächsten Monat einzuberufenden ausserordentlichen Generalversammlung werden die Winterschen Papierfabriken die Erhöhung des jetzt 3 Mill. M. betragenden Aktienkapitals beantragen.

*** Carl Ernst & Co. Akt.-Ges.** in Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 900 000 M. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 116 pCt. von einem unter Führung der Bankhauses C. H. Kretzschmar stehenden Konsortium übernommen. Davon werden 750 000 M. den Aktionären zum Kurse von 117 pCt. derart angeboten, dass auf je eine alte eine neue Aktie bezogen werden kann. Die restlichen 150 000 M. Aktien werden von dem Bankhause C. H. Kretzschmar bestmöglichst verwertet, mit der Verpflichtung, von dem Mehrerlös den Kurs von 117 pCt. übersteigenden Mehrerlös die Hälfte an die Gesellschaft abzuführen. Die Dividende für das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr werde wahrscheinlich besser sein als die des Vorjahres.

*** Die Rhenania Vereinigte Emaillierwerke Akt.-Ges.** verzeichnete im Geschäftsjahr 1919/20 nach Abschreibungen von 554 045 M. (G. V. 568 154 M.), einen Ueberschuss von 296 661 M. (330 096). Die Verwaltung bringt 10 pCt. (8) Dividende in Vorschlag. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung, dass im laufenden Geschäftsjahr der schwache Auftragseingang, der seit der Stockung des Inlandsgeschäfts im Frühjahr 1920 zu verzeichnen gewesen sei, zunächst angehalten habe, so dass das Unternehmen zu Betriebseinkünften übergehen musste. Neuerdings ist jedoch eine kleine Besserung eingetreten, da sich das Geschäft seit Anfang Oktober wieder belebt habe.

Maschinenfabrik Baum Akt.-Ges. Der Betriebsgewinn des beendeten Geschäftsjahres beträgt 6 481 785 M. (2 270 385). Nach Abzug aller Unkosten und Zinsen werden 96 999 M. (83 600) zu Abschreibungen verwandt. Aus dem 1 121 281 M. (897 092) betragenden Ueberschuss sollen, wie wir schon mitteilten, auf das erhöhte Aktienkapital 22 pCt. (17½) Dividende verteilt und 12 281 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

✕ Bestrebungen zur Reform der Leipziger Messe. Der Verband der Aussteller und Einkäufer der Leipziger Messe e. V. hielt am 10. Januar seine erste Jahresversammlung in Leipzig ab. Wie bekannt ist er im Herbst letzten Jahres gegründet worden zur Vertretung der Interessen der Aussteller und Einkäufer gegenüber dem Leipziger Messamt. Nach teilweisen Zugeständnissen ist die Haltung des Messamtes gegenüber den weiteren von dem Verband vorgeschlagenen Reformen ablehnend.

Ausdehnung deutscher Schiffahrtslinien. Antwerpener Blätter melden, dass der Norddeutsche Lloyd eine neue Linie Antwerpen—New-York eröffnet, wozu 30 000 To. Schiffsraum zur Verfügung stehen. Weiter seien noch andere Dienste zwischen Antwerpen und amerikanischen Häfen in Aussicht genommen. — Die Hamburg-Amerika-Linie plant mit der Oesterreichischen Kreditanstalt und der Harriman-Gruppe eine österreichische Reederei zu errichten.

*** Neue Zweigniederlassungen Berliner Grossbanken im Ruhrbezirk.** Die Disconto-Gesellschaft errichtet in Dortmund, die Bank für Handel und Industrie in Essen eine Zweigniederlassung.

*** Neues Bankgeschäft in Frankfurt a. M.** Unter Uebernahme der Bankfirma Martin Loeb vorm. S. Japhet & Co. K.-G. wurde in Frankfurt a. M. ein Bankgeschäft unter der Firma G. F. Grohé & Co. als offene Handelsgesellschaft errichtet. Die persönlich haftenden Teilhaber sind: die Kommanditgesellschaft G. F. Grohé-Henrich & Co., Saarbrücken, Wirklicher Geheimrat Dr. Albert Bürklin, Karlsruhe, Kommerzienrat Alexander Bürklin, Neustadt a. d. Haardt, Bankier Carl Braun, Saarbrücken, Martin Loeb, Frankfurt a. M., Georg Schmitt, Saarbrücken.

*** Eine belgische Bank in Aachen.** Le Crédit général Liégeois in Lüttich wandelte seine Aachener Filiale in eine Aktiengesellschaft des deutschen Handelsrechtes mit vorläufig 12 Mill. M. Aktienkapital um.

*** Sarotti Akt.-Ges.** Die Verwaltung ruft nunmehr die ordentliche Generalversammlung auf den 26. Januar 1921 ein. Die Einberufung erfolgt auf Antrag und Einverständnis mit der bekannten schwedischen Aktiengruppe.

*** Akt.-Ges. „Union" Vereinigte Zündholz- und Wichsefabriken.** Die Generalversammlung genehmigte die Kapitalsverdoppelung auf 3,6 Mill. M. Es wurde mitgeteilt, dass die Einführung des Zündholzmonopols bis 31. März unmöglich sei.

*** Zum Vorsitzenden der Hamburger Handelskammer** wurde E. H. Witthoeffit und zu Stellvertretern Carl Vorwerk und A. Bannwarth gewählt.

Personalien aus der Bankwelt. Der Begründer und Mitinhaber des Bankhauses B. Simons & Co. in Düsseldorf, Carl Wilhelm Simons, dessen Tätigkeit über den engeren Industriebezirk hinausreichte, ist gestorben. Er war Mitglied des Aufsichtsrats einer ganzen Reihe von Gesellschaften.

*** Bezugsrechte.** Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Akt.-Ges. Sturm (Sturm Falzziegel), Freiwaldau, Kreis Sagan, wird an der hiesigen Börse am 6., 7. und 8. d. M. und das Bezugsrecht auf die neuen Aktien der Erdmannsdorfer Spinnerei Akt.-Ges. am 10., 11. und 12. d. M. zur Notiz gelangen.

*** Die Lage der saarländischen Eisenindustrie.** Aus dem Saargebiet wird gemeldet, dass die meisten dortigen Eisen- und Stahlwerke wegen Absatzmangels grosse Arbeiterentlassungen vorgenommen haben.

*** London.** 5. Januar. Nach Blättermeldungen hat die Cunard-Linie die Vickers-Werften erzucht, die im Bau befindlichen Schiffe der Gesellschaft nicht weiter auszuführen. Die Gründe werden in den niedrigen Passagiertarifen erblickt, die die Schiffahrt nicht mehr rentabel machen.

Alpine Montan-Akt.-Ges.: Voraussichtlich mindestens 50 Kr.

*** Berliner Produktenverkehr.** Im Maisgeschäft besteht dauernd Frage für bahnstehende Ware oder ganz nahe Abladung ohne Nachfrist. Offenbar bestehen es sich hierbei um weitere Anschaffungen für diejenigen Brenner, die ihre Dezemberlieferungen nicht rechtzeitig erhalten. Die Devisen sind zuerst höher als gestern gewesen, demnächst behaupteten sie sich nicht voll, waren indessen noch über gestriger Notiz. Die dicken Cifelerbsen lauteten noch; sie hatten einen Stand, zu dem unergiebig die Waggons verkauft wurden. Für Futterhülsenfrüchte zeigt sich etwas Kaufneigung, aber zu Gebieten, zu denen die Provinz nicht abgibt, weshalb sich nur spärlich Geschäft entwickelt. Oelsaaten blieben still, auch für Oelkuchen und andere Futterstoffe hatte sich wenig gebessert. Für Heu ist die Marktlage schwach, und die Qualitätsverhältnisse machen viel Schwierigkeiten. Stroh lustlos. Vereinzelt hört man, dass für Süddeutschland sich wieder einige Frage zeigt.

Die Plattleinpreise stand am 5. Januar im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 kg ab Station: Speiseerbsen, Victoria 200 bis 215 M., kleinere 170—180 M., Futtererbsen 150—160 M., Peluschken 145 bis 150 M., Ackerbohnen 155—160 M., Wicken 130—140 M., Lupinen, neue blaue 65—70 M., neue gelbe 75—85 M., Serradella, alte und neue 70—88 M., Raps 830 M., Rübsen 5—10 M. darunter, Leinsaat 320—330 M., Trockenschnitzel 70—73 M., Steffen-Schnitzel 110—112 M., vollwertige Zuckerschnitzel, helle 102—103 M., Rapskuchen 75—83 M., Leinkuchen 157—155 M., Torfmelasse 58—60 M., Wiesenheu, lose, gesund und trocken 35—85 M., gut, gesund und trocken, 86—90 M., Stroh, drahtgepresst 21—22 M., gebündelt 20—21 M., Runkelrüben 6—10 M., Kohlrüben, weisse 9—10 M., gelbe 10½—11½ M., Möhren, rote 17—17½ M., gelbe 15—15½ M., Mais, loses, frei Kaiwaggon Hamburg, bahnstehend 175—176 M., Januar 168 M., Januar bis März 166—167 M.

*** Berliner Kartoffelnotierungen.** Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 4. Januar folgende Preise (in Mark für 50 kg. Erzeugerpreise ab märkischen Stationen): Speisekartoffeln, weisse, rote, gelbfleischige: 40—44.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	5. Januar	4. Januar
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz: Elektrolytkupfer wire bars	2229	2210
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,9 pCt.	1560—1650	1550—1575
Originalhüttenweichblei	615—625	600—610
Hüttenzinkblock, Syndikatspreis	670—680	670—690
do. Preis im privaten Verkehr	480—500	480—500
Remelted Plattenzink	3150—3200	3150—3200
Originalhüttenaluminium 98—99pCt. i. gek. Blöcken	3350—3350	3300—3350
do. in Walz- oder Drahtbarren	3950—6100	5650 6150
Zinn Banca Straits, Billiton	5720	5750
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	4350—4150	4200—4150
Reinnickel	600	900—925
Antimon-Regulus	1240—1250	1230—1250
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein		

*** Wien.** 4. Januar. (Privat-Telegramm.) Devisenkurse. Berlin 918,50, Amsterdam 215,00, Zürich 164,25, Kopenhagen 104,75, Stockholm 156,60, Marknoten 915,75, London 24,26.

*** Prag.** 4. Januar. (Privat-Telegramm.) Devisenkurse. Berlin 121,25, Marknoten 121,25, Wien 12,05.

*** Paris.** 4. Januar. Devisenkurse. Deutschland 22¾ (Kurs v. 3.: 23¼), Amerika 1718 (1707½), Belgien 106¼ (105), England 61,04 (60,52½), Holland 541 (537½), Italien 58 (58¼), Schweiz 261¾ (261½), Spanien 225 (225½).

*** London.** 4. Januar. Devisenkurse. Privatdiskont 6¾ (Kurs v. 3.: 6¾). Wechsel auf Paris 61,02½ (60,55), auf Belgien 58,25 (57,55), auf Schweiz 23,32½ (23,21½), auf Holland 11,28½ (11,27), auf New-York 255¼ (255¼), auf Spanien 27,25½ (26,82), auf Italien 101¾ (101¾), auf Deutschland 2,70½ (2,61).

London. 4. Januar. Metallschlussnotierungen. Kupfer per Kasse 72¾ (Kurs v. 3.: 71¾), per 3 Monate 73¾ (73¾). Electrolytic 80—83 (80—83¼). Best selected 80—81 (81—82). Zinn per Kasse 205¾ (200¾), per 3 Monate 210¾ (211¼). Blei 24½—25 (24¼—25). Zink 26¾—27¼ (26¾—28).

Amerikanische Telegramme.

*** New-York.** 4. Januar. (Privat-Funkspruch.) Die Börse liess zu Beginn Einheitlichkeit der Tendenz vermissen. Dann kam es zu einer Aufwärtsbewegung der Kurse, das sich lebhafte Nachfrage nach Spezialwerten zeigte. Im weiteren Verlaufe trat infolge der lebhaft einsetzenden Tätigkeit der Konterminе eine vorübergehende Abschwächung ein. Das Anziehen des Sterlingswechsels und Deckungen liessen gegen Schluss die Haltung wieder unregelmässig werden. Umgesetzt wurden 910 000 Aktien.

New-York, 4. Januar. (Privat-Funkspruch.)	4. 1.	3. 1.		4. 1.	3. 1.
Geldsätze	7	7	Nat.Ry of Mex 2nd pref.	4½ K	4½ K
Wechsel a. Berlin	13,1	1,83	N.Y.Centr. & Hrds.Riv.	72½	72½
do. a. Paris (Sicht)	5,82	5,85	N.Y. Ontario u. Western	18½	18½
do. a. London (60 T.)	3,50,75	3,49,87	Norfolk u. Western	101	99
do. Cable Transfers	3,53,25	3,53,87	Northern Pacific	82	82
Belgien	6,12	6,15	Pennsylvania	40¾	40¾
Schweiz	15,22	15,24	Reading	62½	—
Madrid	18,14	18,32	St.Louis u. St.Francisco	25	23¾
Silber Unland	66¼	66¼	Southern Railway	23	22
do. Ausland	65¾	65¾	do. Pacific	96¾	96¾
Atchison Top u. St. Fe	82¾	82¾	Texas u. Pacific	19¼	17½
do. pref.	74¼	75¼	Union Pacific	119	119½
Baltimore n. Ohio	32¾	35¾	Wabash pref.	21	21¼
Canadian Pacific	115¼	115¾	American Can.	27	27
Chesapeake u. Ohio	64½	69	Amer. Car. u. Foundry	120¼	121¼
Chicago, Milw. u. St. Paul	32¾	30¼	Amer. Hide & Learner	8¾	8¾
Chic. Rock-Island. u. Pac.	27½	27½	do. do. pref.	47½	45
Denver u. Rio Grande	9½	8½	Americ. Smelting Ref.	38¼	—
Erie	14	14¼	Anaconda Copp. Min.	38	34¾
Great Northern pref.	75	79¾	Bethleh. Steel Corp. B.	56¼	56¼
Illinois Central	88	87	Central Leather	38	37
Interbor. Consol. Corp.	4	4	Intern. Mercant. Marine	12¾	13
Canzas City & South.	19	20¼	do. do. pref.	52	52
do. pref.	46¼	45	Studebaker Corporation	45¾	45¾
Louisville u. Nashville	109	109¾	Unit. Stat. Steel Corp.	91½	91½
Missouri, Kans. u. Texas	21¼	21¾	do. do. pref.	108¾	107
Missouri Pacific	29	31¾	Aktienumsatz	910000	800000

*** New-York.** 4. Januar. (Privat-Funkspruch.) Die Tendenz am Baumwollmarkte war zu Beginn unregelmässig. Die Preisbewegung wurde sehr lebhaft und blieb bis zum Schluss weichend, auf Baissedruck, Liquidationen, Abgaben des Auslandes und New-Orleans und Meldungen über Insolvenz einer südlichen Bank. — Nach schwacher Eröffnung konnte sich der Kaffeemarkt infolge von anregenden Berichten aus Brasilien, auf Deckungen und im Einklange mit der festen Verfassung der Lokomärkte erholen. Dann bewirkten Liquidationen und Abgaben der Importeure eine Abschwächung, die jedoch nicht von Dauer, da die Wallstreetkreise Käufe tätigten und sich geringeres Angebot bemerkbar machte.

*** Chicago.** 4. Januar. (Privat-Funkspruch.) Der Weizenmarkt war zu Beginn nicht einheitlich, doch kam es dann auf Abgaben der Firma Armour, enttäuschende Nachfrage nach Lokoware und zunehmendes Angebot zu einer Abschwächung. Später trat auf Deckungen und geringere Anfuhren eine Erholung ein. — Infolge zunehmenden inländischen Angebots, stärkerer Anfuhren und höherer Bestände eröffnete der Maismarkt schwach bei weichenden Preisen. Erst gegen Ende brachten Deckungen einige Besserung.

Die Ausschüttung der für 1919/20 festgesetzten **Dividende** erfolgt mit **10% = 100 Mark pro Aktie** vom **2. Januar 1921 ab** bei der **Nationalbank für Deutschland**, bei dem Bankhause **Jacquier & Securius** in **Berlin** und bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in **Essen (Ruhr)**.

Berlin, den 30. Dezember 1920.

Hüttenwerke C. Wilh. Kayser & Co. Aktiengesellschaft

Dr. G. Noak.

Bauklammern, einen Waggon aus Quadrateisen, 15 mm stark, sofort sehr preiswert abzugeben. Anfragen erbittet **Erich Schön**, Berlin W. 9, Köthener Str. 18.

Ia Kernleder-Treibriemen

zum Preise von Breite × Stärke × 1½ liefert **Ing. Schulz, Rettelbeckstraße 10.** Spw. 1592. **Vertreter gesucht.**

Spottbilliger Engros-Verkauf

Druckknöpfe, Nähnadeln, Haarnadeln, Küchenmesser, Scheren, Bleistifte, Schuhsenkel, Handschuhe, Decken usw.

Waren-Zentrale, Wallstr. 25.

Militärstoff,

feldgrau, ca. 20 000 Meter greifbar verkauft **Rödnitzsch. Friedenau**, Hauptstr. 76.

Großer Posten guterhaltener, völlig durchgeparbeiteter

Kisten,

650 × 550 × 460 und 690 × 690 × 560 preiswert ab Lager Alt-Strelitz 66. Königstadt 2976.

Ia Seifenpulver mit 15% Fettgehalt, lose in Säcken oder Kisten mit ¼ oder ½ Pfund.

Ferner:

Ia gelbe, klare, Kernseife, 40/42% Fettgehalt, habe laufend, auch in großen Quanten, **abzugeben.** Preise auf Anfrage und Mengenangabe.

Carl Tomaschewski, Minden i. W., Bessestr. 13/15.

---

20 neue

Kesselwagen

von ca. 192 cbm Inhalt, zum Transport von Benzin, Petroleum etc., **sofort lieferbar**, nur an Selbstverbraucher **preiswert abzugeben.**

Orenstein & Koppel A. G.

Waggon-Abteilung. Berlin SW. 61.

Aus vorrätigen Beständen abzugeben:

ca. 3000 m Feldbahngleis 65×600

auf Stahlschwellen, fast wie neu. Dazu evtl. einige

Weichen

zu sehr günstigen Preisbedingungen.

Thüringen Allee Grundstücks-Gesellschaft m. b. H.

Berlin SO. 16, Melchiorstr. 39.

Schlechterwerke,

Markgrafenstr. 27.

Grosse Posten Handwagen u. Karren

aller Art

werden auch einzeln mit bedeutend Preisnachlass abgegeben.

---

100 000 Flaschen,

Kronenkorkverschluß, im ganzen oder geteilt, **sofort zu verkaufen.** Angebote unt. **A. T. 392** an die **Geschäftsstelle dieses Blattes.**

Engl. Feldkabel,

Ia Ware, Gummiisolierung, mehrere Millionen Meter, liefert franko Freihafen **„Osta", Berlin, Jägerstraße 68.** Telegr.-Adr.: Ostindusbedarf. Telefon: Zentrum 8015.

Ia Brenntorf

gut trockene, dunkle, **ostfriesische Ware**, geringer Aschegehalt, hoher Heizwert, für Industrie- und Hausbrand geeignet, zurzeit wegen günstigen Wagengestellung Versendmöglichkeit nach allen Stationen. **Günstige Preise.** Eigene große Lager jederzeit zu besichtigen.

Plüger & Hentig G. m. b. H.,

Torfgroßhandlung — Magdeburg.

Drahtanschrift: Hentig.

Fernsprecher: 608, 619, 639, 678, 1829, 1451.

Größere Posten

Zigarren

haben billig abzugeben **Lange & Co.**, Zigarrenvertrieb, Berlin W. 30, Demmerstr. 34a.

---

1 Partie neue

Leder-Kummete,

nach Größen verteilbar, und mehrere gelbe Leder-Zaum-Zeuge sind preiswert abzugeben.

Breslauer Spritfabrik A.-G.

Wandsbek.

Feinst. nature Blüten-Spezial-

Honig!

verl. 9 Pfd. netto incl. Dose franko M. 137.50, Scheibenhonig 8 Pfd.-Paket M. 135.—.

Garantie: Zurücknahme.

Gerh. Oltmer, Groß-Bienen-Züchterei, **Cherisow 9** bei Eberswalde i. Oddg.

Maismehl, Maisgriess,

ja entbitterte Qual., ab Berlin tägl. lieferb. Off. **E. Borchert**, W., Schöneberger Ufer 23.

Eßbestecke

(Reklaß.) fortlaufend billig abzugeben.

Wilh. Blümann & Co., W. 8, Kanonierstraße 2, Hinterh. 22.

2000 Stück Wasserstoff-Flaschen-Ventile,

sowie einen Posten

Schlackenwolle

mit unter Preis verkäuflich.

Jewerin Wasser- u. Sauerstoff-Werke G. m. b. H.

Staaken.

Patent-Handwaagen,

ca. 1000 Zugend für den Export nach dem Orient

billigst abzugeben.

Ernstlichst Interess. erb. unt. **J. H. 2018** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Seife,

Doppelriegel, laufend an Großabnehmer abzugeben.

Anfragen an **G. Ulzner**, Charlottenburg, Donadelstraße 26.

1800 Flaschen

Schaumweine,

Dubis, Saar, Riesling, blanke Ware, offeriere **Billigst Jabel u. Co., Königsberg, Br.**, Wilsenstraße 29.

Riesbachsche Weine für Export,

gepreßte oder gefaßte, ca. 130×40 oder 100×60 mm werden gekauft, wenn vorteilhafter Preis.

R. E. Gaborite, Kristiania, Norwegen.

Unterstelle d. Werk..

1 komplette Dampfanlage: 2 Kessel zu 50 m², 3 Atm., 1 Condens.-Kontrollsteuerungsmasch., 60/80 PS, 2 Dynamos, 1 Schalt-Magnet, 2 Brauchpumpen, 2,5 Atm., 12 250 u. 6400 Liter Inhalt. Gef. Offerten: **Bernstedtsches Büro Glückauf, Berlin S. 42.** Gitschiner Str. 68. Tel.: Moritzplatz 126 09.

Schuhcreme.

Gentner, 10 000 Dosen, etwas beschädigt, bisher cit. Dose 50 Pfg. **Karol, Weil u. Co., Stu.**, Marienwaldstr. 51.

Georg Stenzel & Co., Berlin SW. 48.

Tel. Moritzpl. 11253 und 15222. Friedrichstr. 16. Drahtanschrift: Spindelkasten.

Wir bieten zu bedeutend ermässigten Preisen

folgende gebrauchte Werkzeugmaschinen

unter Garantie tadelloser Beschaffenheit an:

60 Drehbänke mit Leitspindel, Zugspindel und beiden, Fabrikate Loewe, Reed, Prentice, Schuler, Böhringer, Engels & Waegner, 100 bis 350 mm Spitzenhöhe, 1/3 bis 2¼ m Drehlänge,

45 Revolverbänke für Futter- und Stangenarbeiten, Fabrikate Loewe, Pittler, Hasse, Gildemeister, Jones & Lamson, Gisholt, 20 bis 110 mm Spindelbohrung,

15 Automaten u. Halbautomaten, Fabrikate Gildemeister, Loewe, Gridley, Potter & Jonston, 40 bis 100 mm Spindelbohrung,

30 Ständerbohrmaschinen, Fabrikate Reinhold, Fischer & Winsch, Schuchardt & Schütte, für Löcher bis 10–125 mm ein- und mehrspindlig,

60 Fräsmaschinen, horizontal, vertikal, universal, Tischgrösse 400×100 mm bis 1800×450 mm,

15 Shapingmaschinen, 350 bis 550 mm Hub,

6 Stossmaschinen, 50 bis 300 mm Hub,

5 Rundschleifmaschinen (auch für Kurbelwellen) 400 bis 2000 mm Schleiflänge,

3 Zahnräderfräsmaschinen, 500×750 mm Durchmesser

sowie eine grosse Anzahl Spezial-Werkzeugmaschinen für die Automobil- und Motorenfabrikation und den allgemeinen Maschinenbau, wie Hämmer, Stanzen, Scheeren etc.

Anfragen sowie Besichtigung unserer Lagerbestände erbeten.

Georg Stenzel & Co., Berlin SW. 48.

Weißlagermetall

Lötzinn — Bleilegierungen

liefert in jeder Zusammensetzung

Leo Perdeck

Metallschmelzwerk

Berlin SO. 36, Ratiborstr. 2.

Telegr.-Adr. Bleichmetall. Fernspr. Moritzpl. 11871.

Vertreter gesucht.

Kreuzhacken

4000 Stck., 2,6 kg m. Stiel **Friedrich Koetz, Bremen Schleifmühle 17.**

Größerer Posten

Weichguss-Flanschen,

runde und ovale (½–2"), mit Gewinde, zu verkaufen. Einwandfreies, erstes Fabrikat Verkaufspreis mit 40% Aufschlag. Bestellungen unter **N. S. 3076** an **Ala-Haasenstein & Vogler. Köln. 3**

Nur für Wiederverkäufer.

Qual.-Batterien, Hülsen, Birnen, Feuerzeuge u. Rasierapparate billigst. Preisl. gratis. **Elektro-L.-G. Chemnitz 3**

Größere Lagerbestände glatte und

Rand-Fittings

schwarz und verzinkt, ½–2", mit 40% auf Versandpreise zu verkaufen. Erstklassiges Fabrikat mit sauberen Gewinden.

Anfragen vermittelt unter **N. T. 3077 Ala-Haasenstein & Vogler Köln. 3**

Bade-Seifen, Toilette-Seifen,

Ia Qual. liefert preisw. **Kriesche Liepmann Zimmerstraße 65.** Zentrum 5397.

Ia Knochenleimbrühe

mit 25% eingedickt. Sehr preiswert, besondere Offert. durch **Max Köhler, Bad Harzburg**, Fern Königstraße 30.

Konsistentes

Maschinenfett,

hellgelb Tropfpunkt 80/90, zu kaufen gesucht.

Bemusterte Preisofferten erbeten an **Bolstab 106, Mannheim.**

Brennholz, Rud. 42

Birken, Kiefern,

offeriert, frei Haus tief, billigst **Paul Sachs.** Humboldt 5146.

Torfmoor.

6 gut erhaltene, NP. 29, 6,80 bis 7,25 m. G., verkauft **Witt, Ackerstraße 68.** Telephon: Humboldt 1100.

Normalfutter. 100 cm 1 Gd. à 15.—, Körperpolster Ia. 70 cm, Gerbstoffe usw. offerieren H. Bieber & Co., Münster, 14/15.

Stacheldraht für den Export.

300 Tonnen engerostfreien Stachelgeflecht a M. 2000.— sofort lieferbar. **S. Brintzer & Co., Berlin SW. 68,** Schützenstraße 68.

ARTHUR LOEWENSTEIN

BERLIN W 30. MOTZSTR. 69

TELEGR. ADRESSE: DALCTRA BERLIN — FERNSPR.: AMT NOLLENDORF 2587-2786

ZWEIGBÜRO: HAMBURG 19.

DORNSTR. 3. FERNSPR. AMT HANSA: 1144.

---

50 000 Stck. 3/8-Ltr. dänische Milchflaschen

mit Ausfuhrbewilligung nach Dänemark **preiswert** abzugeben. **B. Bodiaender, G. m. b. H., Berlin W. 9.** Köthenerstr. 31. Tel.: Lützow 3862. Telegr.-Adr.: Glasbodiaender, Berlin.

GAMPE

der Schraubstock der Zukunft

Mit einem Handgriff und in jeder Lage **sofort** verstellbar — horizontal und vertikal bewegbar

Patente in 12 Kulturstaaten

Alleinverkauf für

Berlin, Ost- u. Westpreußen, Pommern u. Nds.-Schl. an renommierte, kapitalkräftige Firma b. festem Jahresabschluß zu vergeben.

J. Sternlieb & Co., Breslau 3 Fernruf: Ring 11910

7000 wollgemischte Hemden

3000 Männerstrickjacken

1000 Frauenwollröcke

10 000 Arbeitsanzüge

Richard Beckers

Berlin NW. 87, Turmstr. 55.

Fernruf: Hansa 6760/6820. — Drahtadr.: „Dennoch".

---

20 Geldschränke,

gebr. u. neu, im ganzen oder einzeln billig **verkäuflich.**

Bey. G. 17. Mittelstr. 57.

Seiten-Gummi-Kugelbett.

Billig gebrauchte

Pferdedecken

gut Brust- und Leibgurt, engl. Drell mit Wollfutter, à M. 75.—, M. 85. M. 100.—.

S. Brintzer & Co., Berlin SW. 68, Schützenstraße 68.

Seifen-

Drogen-, Chem. Techn.- und Kolonialw.-

Grossisten

kaufen die neuesten, grössten und Aufsehen erregendsten Schlager bei

Hermann Stock,

Chem. Fabrik,

Hannover.

Man fordere im eigensten Interesse sofort Muster und Preise.

Honig.

Scheibenhonig p. Pfd. M. 18.–

Stockhonig „ „ 15.–

perf. b. Voll. geg. Nachnahme **Adolf Rath Nachf., Celle i. Hann.**

---

30 Waggon

Schilfrohrstreu

gibt preiswert ab **Hans Brusch, Frankfurt a. Oder.**

Grössere Posten

Eisengarn- und Maccaroni-Henkel 80, 100, 120 u. 150 cm hat billig abzugeben.

Erich Kauert,

O 112, Lenbachstr. 10 A. Telef. Amt 226.

Weihwasserkesselchen,

10,000 verkauft **Strufid, Berlin, Blumenstr. 49.**

Elektromotore,

1–50 PS., äußerst billig, da Lagerräumung

Machs.-Kgh. 2805.

Speise-Gelatine,

pulv., ca. 1000 Kilo, preiswert zu verkaufen.

J. Bach,

Fürth i. B.

Voll-Voile,

schwarzer Ware, weiß u. farbig sofort greifbar.

Neukölln, Weserstr. 38/39.

Wollen Sie rechtzeitig zur Messe fein mit Ihrem Artikel? Bestellen Sie noch heute Ihre Werkzeuge

Schnitte und Stanzen.

Schnelle Lieferung. Saubere Arbeit.

Werkzeugfabrik Hans Gissrau

Berlin S. 59. Gräbschstr. 35.

---

15 Holzkronen, elektr.

à 10 Arme, Kupfer u. Messing Montierung, geschlossen, billigst abzugeben. Ufland 1588.

Neue Salzgurken,

400 Tonnen, 7–8 Schock Inhalt, b. Schock 16,50 M., frkl. Lieferung 15,50 M. anbietet **Bäslich, Konserventabrik, Sudern (Spreewald).**

Nähgarne und Zwirne, Nähseiden aller Art verkaufen fündig ab Lager **M. Jüdell & Co.**, jetzt Berlin C. 2, Neue Promenade 6, II. Telefon: Norden 3105.

Messingbleche

ca. 750 Kilo, halbhartblank, 0,7, Fabrikationsstoßeln, sofort lieferbar ab Schönberg.

E. Bernhardt, Berlin W. 57, Bülowstraße 5, I.

Verkaufe: 20 Tonnen Ceylon-Tee (Indian Orange Pekoe) 50 Kisten China Selected Zimmt, 100 000 Kist. Corned Beef (16 onces), 20 To. Malaga Feigen, 500 To. weiss. amerik. granul. Zucker, 40 To. weisse Seife, 72% Oel, 60 To. Speise-Oel.

Es werden nur Anfragen von ernsten qualifizierten Reflektanten berücksichtigt. **H. Bockers, Waldmannslust-Berlin.**

Exporteure!

Flaschenzüge!

640 Stck. neue Drahtseilflaschenzüge, ca. 9 m Tragfähigkeit, einfach, feemäß. Verp., Ausfuhr u. Abgaben, sofort, verkauft billigst

Kurt Draber,

Charlottenburg, Wielandstr. 31. Tel. Steinplatz 6380.

Ca. 800 Lazarettkisten

mit wertv. Medikamenten, Instrumenten usw., 10 000 Apothekerflaschen usw. aus Heeresbeständen **spottbillig** abzugeben. Eilanfr. an **R. Boland, Hannover**, Annenstr. 13. Tel. Nord 7151.

Von einer bekannten Firma der Nahrungsmittelbranche ist beabsichtigt, die gesamte

maschinelle Einrichtung zur Herstellung von Fleischextrakt-Ersatz,

wie: eine große Anzahl Kochkessel mit Tonneinsatz, Seifenflammen, mehrere große Hanfsilterpressen, 25 große Holzbottiche, 1 komplette Mühlanlage mit Staubfilter usw., 10 große kupferne Eindampfapparate mit Kaltwasserreinigungsvorrichtungen und heizgehörigen Transmission, einige offene Kessel mit Doppelmantel und Rührwerk, 10 Stück Abfüllmaschinen von ½ bis 1 Ztr., mehrere Würfelpressen, 1 große Anzahl fast neuer Würfelentwickelmaschinen, Bahnwaagschränke usw.; **außerdem die gesamte Einrichtung zur Herstellung von Kaffee-Ersatz,** wie: 3 Kugelbrenner, 1 Transportschneckenanlage, 1 komplette Mühlenanlage mit 2 Schlagkreuzmühlen, Staubfilter, Abfüllvorrichtungen,

zu äußerst günstigen Preisen zu verkaufen.

Die Gebäude sind unverkäuflich.

Ernsthafte Reflektanten erhalten näh. Auskunft u. **K. H. 3582** durch **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Französische Harze

F. G. H. AAAA und AAAAA, alle Sorte für die Seifenfabrikation, besonders

Kokosfett,

Wasserglas

ab Lager Berlin günstig abzugeben. Anfragen erbeten an **Vereinigte Chemische Fabriken Julius Norden & Co., Berlin SW.**, Alte Jakobstr. 7, Tel.: Moritzpl. 2202, 2205, 11463.

Strickgarn, schwarz, Kilo M. 45, Natur, farben, Kilo M. 140.

Schafwolle,

Strickwolle,

Kammgarn, grau u. schwarz, handsortiert, verkauft laufend **Oscar Weiss, Leipzig,** Göthestraße 79. Fernruf 7063.

In extl. Hanf-Rouleaux-Schnüre, Bindfaden, Packleinen, Wurstgarne

liefert zu Verb.-Preisen ohne Aufschlag **Textilind. Mohrenberg, Dresden-N. 16.**

1000 Rollen

Nähzwirn

fein, schw. 50 u. 40/2 in Marke geschlossen billig **Caesar Martins,** Klosterstr. 43. Str. 11165.

Tuch-Engroshaus,

Spandauerstr. 39, I. Et., empfiehlt **Damen- u. Herren-Stoffe,** Ia Qual., zu bedeutend herabgesetzt. Preisen.

Höhensonnen-Lampen,

220 Gleichstrom sofort lieferbar. Off. u. **G. R. 21** an **Rudolf Mosse, Frankfurter Allee 186.**

Gutes Wiesenheu,

3000 Ztr., gesund, trocken, **5000 Ztr. Kunstdrähen** verl. **Gräfäff, Baselwall.**

Bohrmaschinen

15 u. 20 Gd. Rev. ab b. 38 Gd. Schleifböcke, Drehbänke 1–4 m **verkauft.** Off. **P. Z. 592** an **Rudolf Mosse, Berlin, Bernburgerstr. 1.**

Gänsl. Ungeziefer, mit Brut prompt und Garantie Kammerjäger **R. Kummermann,** Gitschiner 213. Norden (4524).

Trebellitze, ca. 30 fens, 11/2" und 2", meist vorrätig, M. 4.45, verkäuflich. Off. u. **B. 2035** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Blankgedrehte Sechskantmuttern

aus allen Metallen liefert prompt und äußerst günstig **Presen**

Gesellschaft für Walzwerk- und Hüttenerzeugnisse m. b. H.

Berlin W. 20, Gleichstr. 32. Telegr.: Walzhütten.